

Nr. 38 – 2025/4

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

In dieser Ausgabe

Der neue Bundesvorstand

Bericht vom
Bundesparteitag

Wirtschaft und Politik

Frieden für Israel



Eine Bewegung werden

bündnis C
Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK das Magazin für Politik von Bündnis C

Nr. 38 – 2025/4

Inhalt

Editorial	4
Der neue Bundesvorstand.	6
Bundesparteitag 2025 in Eisenach	10
Eine neue reformatorische Bewegung	12
Einheit in Christus – für Politik und Wirtschaft.	15
Zeitenwende Deutschland – Israel	18
Ich bin dafür.	20
Gebetsaufruf	21
Spendenaufruf.	21
Aus den Landesverbänden	22
Deutschland – unser Land in der Zerreißprobe.	32
Die Wahl des New Yorker Bürgermeisters	34
Charlie Kirk: Ein Wendepunkt für Freiheit und Nachfolge.	36
Frieden für Israel und den Nahen Osten?	38
Demokratie ohne Wahrheit?	44
Infomaterial zum Weitergeben	45
Schlusswort.	46
Impressum.	Rücks.

Es grüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Mathias Scheuschner, Sven Pilz,
Verena Thümmel, Hartmut Voß (von li. nach re.)

Beisitzer: Mohsen Kornelsen, Gudrun Flindt,
Rainer Secker, Christine Widiger,
Alain Kaffo, Sonja Koschinsky



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Freude, mich Ihnen und Euch allen in diesem Editorial vorstellen zu dürfen. Die Eindrücke unseres vergangenen Bundesparteitags, der mich zum neuen Bundesvorsitzenden von Bündnis C gewählt hat, sind noch frisch. Dankbar blicke ich auf diese beiden Tage zurück, die uns im Gebet vereint haben, in denen wir Erfolge feiern durften und Dankbarkeit ausdrücken.

Die Erkenntnis musste bei mir erst einmal „durchsacken“: Ich bin erst der zweite Bundesvorsitzende in der Geschichte von Bündnis C. Dies ist mein erstes Editorial, und ich gestehe, es ist eine gewisse Herausforderung, all meine Gedanken zu Papier zu bringen.

Einiges soll hier hineinpassen: Ich möchte mich Ihnen vorstellen. Ich möchte würdigen, worauf wir aufbauen, und dem angemessenen Raum geben. Ich möchte kurz den Blick auf die Gegenwart unserer Partei und unseres Landes richten und was die nächsten Vorhaben und Schritte sein werden.

Beginnen möchte ich mit der Frage, die wohl die meisten beschäftigt: **Wer ist Sven Pilz?** Familiär verwurzelt bin ich im Schwarzwald, in Bayerisch-Schwaben und dem Allgäu. Verheiratet bin ich schon etwas länger, als es Bündnis C gibt. Zum Glauben gefunden habe ich bereits einige Jahre vor meiner Hochzeit und bin mit meiner Familie Teil einer Freikirche. Mit meiner Frau habe ich zwei Söhne, zwei quirlige Kerle, die uns viel Freude bringen und vor manche Herausforderung stellen. Beide sind noch Kinder und erheblicher Teil meiner Motivation für mein Ehrenamt in Bündnis C. Sie lösen in mir den Wunsch aus, unser Land positiv mitzugestalten. Mein Glaube trägt den anderen großen Teil dazu bei. Ich war von Ende 2019 bis Ende 2021 Bündnis C-Landesvorsitzender in Bayern und bin seitdem stellvertretender Landesvorsitzender.

Beruflich bin ich in der IT-Branche, dort seit einiger Zeit im Vertrieb, denn ich mag den Kontakt mit Menschen. Ich habe Freude an Technologie und auch ein brauchbares Verständnis des (IT-)technisch Möglichen und Kommenden. In vorherigen Funktionen war ich der Entwicklung von Produkten tätig mit Erfahrungswerten, die ich auch in dieses Ehrenamt einbringen kann.

Mein Interesse für Politik begann schon während der Schulzeit. In der Rückschau war dieses Interesse

oft kindlich-naiv. Um bestimmte Nachrichten einschätzen zu können, fehlte es an Lebenserfahrung. Ebenso fehlte es, wie ich heute weiß, am Glauben. Manche heutigen Entwicklungen fände ich ohne Glauben schwer auszuhalten.

Als prägenden Auslöser für mein politisches Interesse empfinde ich die deutsche Wiedervereinigung. Die Bilder und der Ton der Menschenmenge, die im Garten der Prager Botschaft der BRD die Worte Genschers „... um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“ mit ihrem Jubel übertönten, haben mich damals als Bub fasziniert. Nicht lange darauf sang David Hasselhoff mit Lichterjacke „I've been looking for freedom“ auf der Berliner Mauer. Ich kannte die DDR aus vielen Besuchen bei unserer dortigen Verwandtschaft. Welch Wunder war es: Plötzlich durften SIE UNS besuchen! Gemacht hatten dieses Wunder viele verschiedene Menschen in Anzügen: Politiker. Staatenlenker.

Dazwischen gab es unzählige Nachrichten und Erlebnisse, die hier nicht aufzuzählen sind. Daher spulen wir nun nach vorn, ins **Heute**.

Mit Demut habe ich mich für dieses Ehrenamt bei Bündnis C zur Verfügung gestellt. Nach zehn Jahren Kontinuität auf dem Posten des Vorsitzenden trete ich in große Fußstapfen. Darum bin ich dankbar, dass Karin Heepen uns weiterhin mit Rat und Tat als Generalsekretärin zur Seite stehen wird. Ihr gilt – stellvertretend auch für ehemalige Vorstandsmitglieder und anderweitig Aktive – mein großer Dank für das bisher Geleistete beim Aufbau der Partei. Karin Heepen hat als „Gesicht der Partei“ Bündnis C in Netzwerken in Deutschland und Europa repräsentiert und inhaltlich große wie wertvolle Vorarbeit gesteuert und selbst geleistet. Ich bin ebenso dankbar, dass mit Hartmut Voß und Verena Thümmel zwei Bundesvorstands-Erfahrenere ins Amt gewählt wurden, und mit Mathias Scheuschner unser ebenso erfahrener Schatzmeister weiter sein Amt bekleiden darf und will.

Spannend ist die Zusammensetzung unserer Beisitzer im Bundesvorstand, hier haben wir eine komplette Erneuerung. Ich freue mich auf diese neue Konstellation und was der Herr mit ihr vorhat. Es gibt eine Vielzahl an Themen, die Gott den neuen Vorstandsmitgliedern auf ihre Herzen gelegt hat.

Wichtig ist nun zunächst, ein Team zu formen. Ich wünsche mir, dass wir uns als Einheit verstehen mit der einzig wahren Quelle: dem Glauben an Jesus Christus. Dann können wir im Team prüfen, welche Themen dran sind, und uns das immer wieder „von oben“ abholen. Sonst führt die Vielzahl an Themen, die wir nicht gleichzeitig bearbeiten können, zu Verdruss. Frei nach „Prüft alles und das Gute behaltet“ werden wir auch unsere Organisation betrachten, die Kommunikation untereinander und nach außen. Dankbar erwähnen möchte ich dazu unsere Bundesgeschäftsstelle. Hier sind wir ebenso mit Kontinuität und fähigen, gläubigen Kollegen gesegnet.

Ich bin überzeugt, dass unsere Gegenwart eine christliche Partei braucht, die ihre Arbeit an den Werten der Bibel ausrichtet. Wir werden in der kommenden Zeit um Klarheit bitten, an welchen Teilen unserer **Programmatik** wir als nächstes arbeiten sollen. Ich möchte hier keine Anamnese des Zustands unseres Landes vornehmen, denn Ihnen als politisch interessierte Leser bringt ein verkürzter Abriss ohnehin kaum neue Erkenntnis. Die Frage, um die wir im Gebet ringen werden, ist: Für welche der aktuellen Herausforderungen unseres Landes sollen wir zunächst ein tieferes Verständnis und Lösungsansätze entwickeln?

Die aktuellen Debatten um die Wirtschafts- und Finanzlage zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Bestimmte soziale Medien laufen heiß mit Diskussionen im Ton der Spaltung zwischen „Boomern“ und der jungen Generation bezüglich der Rente. Wir haben es mit einer Vielzahl an Herausforderungen zu tun, die seit Jahren bekannt sind, jedoch augenscheinlich nicht bearbeitet wurden.

Viele von Ihnen treibt auch die Frage um, bei welchen **Wahlen** Bündnis C antreten wird, und warum bei manchen nicht. Die Antwort darauf ist, dass wir als Partei beileibe nicht flächendeckend mit Unterverbänden ausgestattet sind. Wir werden daher in der kommenden Zeit prüfen, welche Schritte hier weiter Frucht bringen können. **Es freut mich sehr, an dieser Stelle Dietrich Janzen zur jüngst erfolgten Wiederwahl in den Stadtrat von Espelkamp in NRW gratulieren zu dürfen.** Ein toller Erfolg seines Teams vor Ort, das in allen 19 Wahlbezirken von Espelkamp einen Kandidaten für Bündnis C aufgestellt hat. Ich sehe diesen Erfolg als einen ermutigenden Leuchtturm für uns. Die Kommunalpolitik bietet viele Herausforderungen mit einem „Flickenteppich“ unterschiedlicher Regelungen beispielsweise zu den Unterstützungsunterschriften.

Es gibt kein Patentrezept, und es bedarf oftmals eines Höchstmaßes an Einsatz und Gottvertrauen bei allen Beteiligten vor Ort. Wir werden weiter an der Wählbarkeit von Bündnis C arbeiten, an der Bekanntheit und wie wir unsere Nachrichten transportieren.

Sie mögen sich fragen, wohin die Reise für uns als Vorstand und mit Bündnis C gehen soll. Die Antwort ist nach Matthäus 20,27: „... wer unter euch der Erste sein will, der sei euer Knecht ...“. Der Bundesvorstand darf und wird seinen Untergliederungen dienen. An dieser Stelle bitte ich um Verständnis, dass ich noch keine konkretisierten Vorhaben benenne. Sie haben vielleicht schon von der **100-Tage-Regel** gehört, einem Führungsprinzip, nach dem in der ersten Zeit nach Übernahme einer leitenden Position Vertrauen aufgebaut und die Organisation kennen gelernt wird aus der Perspektive „von oben“. Darauf aufbauend wird dann die Agenda entwickelt. Ich möchte Sie bitten, dem neuen Vorstand diese Zeit zuzugestehen. Ich selbst und das Vorstandsteam werden zunächst viele Gespräche führen, miteinander und mit den Landesvorständen, um ein klares Bild zu bekommen.

Zuletzt möchte ich einen Appell an Sie richten: **Bündnis C lebt vom Miteinander.** Unsere Partei braucht Herzen, helfende Hände und sie braucht vor allem Gebet. Dazu möchte ich Sie und Euch alle ermutigen: Betet füreinander und für diejenigen in Ämtern. Wir freuen uns, wenn wir unsere Mitglieder auch als Mitarbeiter hinter uns wissen.

Ich bedanke mich persönlich sowie im Namen des neuen Vorstands für das Vertrauen, die Unterstützung und das Engagement, das wir bereits erfahren, und wir beten, dass es sich mehren möge. Wir werden als Vorstand mehr sein als die Summe unserer Teile.

Ihnen allen wünsche ich eine besinnliche Weihnachtszeit, ein gesegnetes und frohes Fest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Sven Pilz

Bundesvorsitzender
Bündnis C

Der neue Bundesvorstand



Sven Pilz

Bundesvorsitzender

Augsburg (Bayern)

Verheiratet, zwei Kinder

Key Account Manager

Ich bin überzeugt, dass unser Land noch eine weitere christliche, politische Kraft vertragen kann. Daher treibt mich der Wunsch an, Bündnis C zu einem positiven Einfluss in der politischen Landschaft unseres Landes zu entwickeln, denn im Deutschland der Zukunft wird auch meine Familie leben. Ich bin überzeugt: mit Demut, Gottes Gnade und gemeinschaftlich mit unseren bestehenden Landesverbänden und Mitgliedern kann uns das gelingen.



Karin Heepen

Generalsekretärin

Erfurt (Thüringen)

Verheiratet, 2 erwachsene Söhne

Diplomingenieurin, MA in Cross Cultural Leadership

Als politische Generalsekretärin habe ich Mitverantwortung für den Außenaustritt von Bündnis C. Ich bin mit dem Bundesvorstand für die Öffentlichkeitsarbeit, politische Stellungnahmen, die inhaltliche Arbeit und Programmentwicklung zuständig. Bündnis C zu einer christlich-politischen Bewegung in der nächsten Generation zu machen, junge Christen darin zu schulen und auszurüsten, Politik biblisch fundiert zu denken und zu gestalten, sehe ich als meine und unsere nächste Herausforderung für die Gesundung Deutschlands.



Hartmut Voß

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Oberlungwitz (Sachsen)

Verheiratet, fünf Kinder und ein Pflegekind

Orgelbauer, Praxisbegleiter

Was mich antreibt ist die Schläfrigkeit der Christen, die meinen, allein mit Gebet wäre es getan. Die nicht merken oder wahrhaben wollen, dass wir in einer Demokratie leben, die in Gefahr ist, die aktiv verteidigt werden muss – als Voraussetzung für die Freiheiten, die wir als Christen in dieser Gesellschaft genießen dürfen.



Verena Thümmel

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Oberkotzau (Bayern)

Verheiratet, ein Kind

Midijob und Selbstständig im Bereich Vertrieb,
Gründungs- und Existenzgründungsberatung

Ich habe ein großes Herz für Bündnis C und dass es langfristig Salz und Licht in Deutschland wird. Mir liegt die junge Generation sehr am Herzen, ihre Gaben zu erkennen, zu fördern und ihnen mehr Verantwortung zu geben. Ich möchte mit einem Team zusammen die Öffentlichkeitsarbeit voranbringen, damit Bündnis besonders über die Social-Media-Kanäle bekannter wird.



Mathias Scheuschner

Bundesschatzmeister

Postbauer-Heng (Bayern)

Verheiratet, vier Kinder und fünf Enkelkinder

Selbständiger Projektentwickler und Sachverständiger für Wohngebäude
und Baugrundstücke

„Menschenwürde“, welch ein großes Wort. Leider müssen wir sehen, wie man immer wieder Bedingungen an diese Würde knüpft. Die bedingungslose Menschenwürde muss für alle Menschen gelten und natürlich auch für ungeborene Kinder. Menschenwürde beinhaltet auch ein Altern in Würde, unabhängig davon, wie hoch der Pflegeaufwand ist. Der Mensch darf nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden. Soziale Gerechtigkeit liegt mir genauso am Herzen wie eine gesunde Wirtschaft und ein stabiles Finanzsystem. Als C-Politiker ist es unsere Pflicht, echte Antworten für den Umgang mit der Schöpfung (Umwelt) zu finden und nicht mehrheitsfähigen Ideologien hinterherzulaufen.



Mohsen Kornelsen

Beisitzer

Ingolstadt (Bayern)

Verheiratet, drei Kinder

Pastor und Missionar

Ich engagiere mich in Bündnis C für eine Politik, die Integration nicht nur als soziale Aufgabe, sondern als geistliche und gesellschaftliche Erneuerung versteht. Durch den Dialog der Kulturen und die Rückbesinnung auf christliche Werte möchte ich zu einer gerechten, verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen.



Gudrun Flindt

Beisitzerin

Meinersen (Niedersachsen)

Verheiratet, 2 Töchter und zwei Enkelkinder

Sozialpädagogische Assistenz, derzeit in der Schulbegleitung

Unsere Gesellschaft treibt immer schneller in einen Strudel aus Orientierungslosigkeit, Verzweiflung und Egoismus. Das Miteinander ist gestört, die Menschlichkeit stirbt jeden Tag ein wenig mehr, und der Glaube ist in das Reich der Ammenmärchen verwiesen worden. In dieser Situation fühle ich eine tiefe Verpflichtung, eben diesen Glauben wieder in die Politik zu tragen. Die Gesellschaft braucht Lösungen und Antworten. Als Christen können wir tragfähige politische Konzepte für unser Land entwickeln, die das Potential haben, eine echte Veränderung zu bewirken. An diesem Ziel möchte ich mit all meiner Kraft mitarbeiten.



Rainer Secker

Beisitzer

St. Georgen/Traunreut (Bayern)

Verheiratet, keine Kinder

Pastor, freier Redner, Autor

Meine Motivation als Beisitzer im Bundesvorstand ist, den (geschäftsführenden) Vorstand mit allen mir verfügbaren Mitteln zu unterstützen. Mir liegt die Mitgliederbetreuung am Herzen, wofür ich ein Konzept über Patenschaft und Schulung entworfen habe. Aufgrund meiner freien Rednertätigkeit stehe ich auch für einen Reisedienst zur Verfügung, um Verbände mit Vorträgen und Schulungen zu unterstützen. Ich würde außerdem gern ein Rhetorikkonzept erarbeiten, um andere und mich selbst darin zu schulen und zu stärken.



Christine Widiger

Beisitzerin

Bautzen (Sachsen)

Verheiratet, vier Kinder, zwölf Enkelkinder und drei Urenkel

Kirchenmusikerin, Gemeindepädagogin, Christliche Therapeutin, Rentnerin

Viele Jahre hatte ich politische Ehrenämter im Landkreis Weimar und in der Stadt Blankenhain inne. Ich hoffe, mit meinen Erfahrungen helfen zu können, dass diese leider noch recht kleine, aber sehr wichtige Partei in den Parlamenten von Gemeinden, Städten und Landkreisen in Verantwortung kommt.



Alain Kaffo

Beisitzer

Fulda (Hessen)

Verheiratet, vier Kinder

IT-Berater

Mein Antrieb ist, christliche Werte zur Grundlage unserer Politik zu machen. Ich bin überzeugt, dass die Antworten auf die großen Zukunftsfragen in der Bibel zu finden sind. Mein politisches Engagement in Bündnis C ist für mich gelebter Glaube, Dienst an den Menschen und unserem Land. Mein Ziel ist eine Politik, die von Nächstenliebe, Verantwortung und der Wahrung der menschlichen Würde geprägt ist. Ich möchte dazu beitragen, dass christliche Prinzipien unser Zusammenleben in Deutschland und Europa wieder stärker leiten. Mein Leitvers: „So lasst euer Licht leuchten vor den Leuten, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen.“ (Mt 5,16)



Sonja Koschinsky

Beisitzerin

Hamburg

Ledig, ein Kind

Industriekauffrau, staatlich geprüfte Betriebswirtin

Als Christen haben wir eine Verantwortung in der Gesellschaft. Das gilt auch für die Politik. Mein Anliegen ist es, Menschen zu zeigen, dass Christsein und Politik zu machen nicht nur miteinander vereinbar, sondern sogar geboten ist, weil es Arbeit am Reich Gottes ist. Als Christ politisch zu denken und zu handeln, zeugt von Hingabe, Gott mit seinen Gaben und Fähigkeiten zu dienen. Daher möchte ich Bündnis C aktiv unterstützen, um Gott in der Gesellschaft wieder sichtbar zu machen.

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!



<https://buendnis-c.de/>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

Bundesparteitag 2025 in Eisenach



Der Bundesparteitag fand in diesem Jahr am 31. Oktober und 1. November in Eisenach statt, im Haus Hainstein direkt gegenüber der Wartburg am Reformationstag.

Als Gastreferenten durften wir Fritz Wohlfarth, Unternehmer und Präsident der ICC (International Christian Chamber of Commerce) begrüßen. Er hielt seinen Vortrag zum Thema „Einheit in Christus – für Politik und Wirtschaft“, wie eine Wirtschaft mit Herz, Politik mit Verantwortung und eine göttliche Strategie zur Erneuerung beider aussehen kann. Die anschließende Diskussion war ein Ruf zur Verantwortung: für eine innovative Wirtschaft mit Integrität, dass Wachstum Weisheit braucht und es nicht um Märkte, sondern um Menschen geht.

Es folgte eine Diskussion zum Thema „Europa-USA: Scheidung oder Neubeginn?“. Mohsen Kornelsen brachte einen Diskussionsbeitrag zu Krieg und Frieden ein, an den sich eine Aussprache zu Aufrüstung und Wehrpflicht anschloss. Weitgehender Konsens war, dass wir nicht kriegstüchtig, sondern friedentüchtig werden wollen. Die Bundeswehr muss einsatzfähig sein, um im Ernstfall das Land zu verteidigen.

Einen Beitrag zur Parteistrategie brachte Micha Schlittenhardt, Vorsitzender des Beirats von Bündnis C, als Videobotschaft zu Perspektiven für Bündnis C. Neben





der flächendeckenden Präsenz in den Kommunalparlamenten kann eine überparteiliche Bewegung junge Menschen für eine christlich fundierte Politik gewinnen und ausrüsten.

Nach dem offiziellen Teil fand sich der Großteil der Teilnehmer zu einer Gebets- und Anbetungszeit in der Hauskapelle zusammen, um Gott für 10 Jahre Bündnis C zu danken und seinen weiteren Segen zu erbitten. Der Tag fand seinen feierlichen Abschluss mit einem Sektempfang, bei dem das Jubiläum gefeiert wurde. In zahlreichen Erzählungen wurde an Erlebnisse der Mitglieder erinnert, dankbar auf den bisherigen Weg geschaut und Zuversicht und Mut für die kommenden politischen Herausforderungen geschöpft.

Den Samstag startete mit einer Andacht von Ludwig Grünert. Es folgten die Rechenschaftsberichte des Bundesvorstandes mit Danksagungen an Karin Heepen als Bundesvorsitzende über zehn Jahre und an Ute Büschkens-Schmidt als ebenso langjährigem Mitglied des Bundesvorstandes. Nach einer Aussprache und der Entlastung des Bundesvorstandes für die vergangene Amtszeit standen Anträge an den Bundesparteitag auf der Tagesordnung, die ausführlich diskutiert wurden.

Der zentrale Programmpunkt des Bundesparteitages war die Neuwahl des Bundesvorstandes. Die Delegierten wählten Sven Pilz zum neuen Bundesvorsitzenden von Bündnis C. Hartmut Voß und Verena Thümmel wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und Mathias Scheuschner als Bundesschatzmeister im Amt bestätigt. Der Vorstand wird durch die Beisitzer

Mohsen Kornelsen (Bayern), Alain Kaffo (Hessen), Christine Widiger (Sachsen), Gudrun Flindt (Niedersachsen), Rainer Secker (Bayern) und Sonja Korschinsky (Hamburg) ergänzt.

Als Generalsekretärin wurde Karin Heepen ernannt und vom Bundesparteitag bestätigt. Sie wird sich in dieser Funktion auf die öffentliche Wahrnehmung, politische Stellungnahmen und die inhaltliche Arbeit für die Partei konzentrieren.

Aufgrund massiven Zeitverzuges beschloss der Bundesparteitag die Absetzung der letzten Punkte der Tagesordnung. Das Patenschafts- und Schulungskonzept wird Anfang 2026 in einer Online-Veranstaltung vorgestellt und diskutiert werden.

Der Parteitag endete mit dem Schlusswort des neuen Vorsitzenden und der Segnung des neu gewählten Bundesvorstandes.

Daniel Gräber

Bundesgeschäftsführer



Eine neue reformatorische Bewegung

Eröffnungsrede Bundesparteitag 2025

Liebe Delegierte, liebe Mitglieder,
liebe Gäste,

ich darf Sie und Euch alle herzlich begrüßen zum Bundesparteitag 2025. Ein herzliches Willkommen unserem Referenten Fritz Wohlfarth, Unternehmer und Präsident der International Christian Chamber of Commerce (ICCC), der uns heute ein Impulsreferat zur Wirtschaftspolitik halten wird.

Wir sind hier – wieder einmal – im Haus Hainstein, direkt gegenüber der Wartburg, wo Martin Luther das Neue Testament übersetzt und damit das Fundament für die Reformation gelegt hat – und das **am Gedenktag der Reformation und zum 10-jährigen Jubiläum von Bündnis C**, das wir in diesem Jahr feiern.

Die Reformation hat nicht nur die Kirche, sondern weit darüber hinaus das gesamte Leben in Europa verändert: Ehe und Familie, Staat und Gesellschaft, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Kunst wurden transformiert. Die Kirchen förderten das Bildungswesen auf allen Ebenen, die Geistes- und Naturwissenschaften. Technische Neuerungen und eine christlich geprägte Arbeitsethik stießen die Entwicklung der Wirtschaft an.

Das ist im Grunde genau das **Programm, das wir uns als christliche Partei auf die Fahne schreiben**. Deutschland und Europa geraten in immer tiefere Krisen. Und die Hoffnung, dass die CDU als Regierungspartei das Ruder vor allem für die Wirtschaft noch einmal herumreißt, schwindet mehr und mehr. Andere ideologische Bindungen verhindern die dringend nötige Erneuerung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus unserem christlichen Verständnis heraus, für das die CDU stand, das unseren Kontinent geprägt und zu dem gemacht hat, was er nach dem Zweiten Weltkrieg wurde. Für die heute notwendige Transformation der westlichen Gesellschaft brauchen wir genau diesen Geist der Erneuerung, den Geist der Reformation erneut, um vom Wort Gottes her Wege aus den multiplen Krisen unserer Zeit zu bahnen.

Fritz Wohlfarth und ich haben uns im September auf dem Christlichen Convent Deutschland getroffen, dessen Mission es ist, die **Einheit der Christen voranzubringen, damit die Kirche unsere Gesellschaft prägen kann**. Das kann nur in der Einheit des Leibes

Christi gelingen, wenn wir nicht mehr als Konfessionen und Denominationen uns aneinander abarbeiten, sondern gemeinsam Verantwortung übernehmen für unser Land in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir haben auf dem CCD festgestellt, dass wir – die ICCC in der Wirtschaft und Bündnis C in der Politik – an demselben Versagen der Kirchen in diesen Gesellschaftsbereichen leiden. Die meisten Gemeinden bauen vor allem sich selbst. Weder Politiker noch Unternehmer werden biblisch fundiert ausgerüstet, um in ihrem Stadtrat oder mit ihrem Unternehmen einen deutlichen Unterschied zu machen, um ihre Arbeit aus ihrer christlichen Prägung heraus anders zu machen als jeder andere.

Unsere gemeinsame Frage als Bündnis C und ICCC ist: Wie können wir das ändern? Uns verbindet, dass wir gemeinsam die Politik und die Wirtschaft biblisch fundiert gestalten wollen. **Die Erneuerung der Gesellschaft ging in der Reformation von der Kirche aus, aber sie blieb nicht dort**. Wir befinden uns in einer ähnlichen Zeitenwende, des Umbruchs, und fragen, wie wir als Kirchen, als Christen darin wirksam werden können. Und das diesmal in einer vereinten Kirche nach der Spaltung in der ersten Reformation.

Fritz Wohlfarths Vortrag zum Thema **"Einheit in Christus – für Politik und Wirtschaft"** wird uns viel Stoff zur Diskussion und zum Weiterdenken geben. Die Überschrift sagt bereits, dass wir da zusammen unterwegs sind, weil Politik und Wirtschaft zusammengehören. In der Vergangenheit ist die Politik zumindest unter der CDU aus guten Gründen immer der Wirtschaft gefolgt. **Die Wirtschaft ist die Lebensader des Landes** und stellt die Versorgung der Menschen sicher. Politische Systeme, die diese Versorgung aufs Spiel setzen und damit planmäßig Massenarmut erzeugen, sind ausnahmslos totalitär. Sie wirken nicht für die Menschen, sondern üben ihre Macht nach eigenem Gutdünken ihrer Ideologie aus. Wir werden deshalb nicht nur Gedankenanstöße für ein biblisch fundiertes wirtschaftspolitisches Programm bekommen, sondern auch, wie unsere Verbindung fruchtbar werden kann für die Politik und die Wirtschaft.

Einen anderen wichtigen Gedanken zu unserer Sendung formulierte Gaetan Roy, Ständiger Vertreter der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) bei der UN in

Genf, auf dem CCD: **Die Sendung der Ecclesia setzt sich zusammen aus der Sendung des Sohnes und der Sendung Israels.** Die Sendung des Sohnes ist das Evangelium der Rettung durch Jesus Christus. Die Sendung Israels ist die Torah, wo Gott am Beispiel seines auserwählten Volkes der Welt die Maßstäbe für eine gerechte Gesellschaft gegeben hat: **Maßstäbe für Nächstenliebe, Recht und Gesetz, gute Haushalterschaft, Umgang mit Geld, Land, der Schöpfung ...** Es ist unschwer zu erkennen, welcher Teil davon von der Kirche oft vernachlässigt wird, und wo wir als Partei ansetzen. Wir sind uns bewusst, dass eine Veränderung der Gesellschaft ohne die Sendung des Sohnes nicht zu bewerkstelligen ist, aber eben auch nicht ohne die Sendung Israels als Beispiel für die Welt. Kein Wunder, dass diese zweite Sendung im Blick auf Israel unter Beschuss ist wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg, gerade weil sie in vielschichtiger Weise lebenswichtig ist für unser Land.

Diese Grundlagen – Torah und Evangelium – sind der Geist, aus dem unsere Politik kommt. Ich möchte an dieser Stelle eine Deutung von rechts und links erwähnen, die mir in letzter Zeit mehrfach begegnet ist, wohlgermerkt von Theologen. Da wird behauptet, dass die Bibel immer vom rechten Weg redet, den

wir gehen sollen, und niemals vom linken. Deshalb sei rechte Politik biblisch und linke nicht. Als Theologe wird man im Urtext die Wortstämme vom „rechten“ im Sinne des richtigen oder gerechten Weges und von rechts oder links als Richtungsanzeige oder der politischen Richtung feststellen können und dass diese grundverschieden sind. Sie bedeuten also mitnichten dasselbe, nur weil sie im Deutschen und Englischen beide mit „rechts“ bzw. „right“ übersetzt werden. Das als Beleg für den biblischen Ursprung rechter Politik zu deuten, ist hanebüchener Unsinn. Am häufigsten finden wir im Zusammenhang des rechten Weges in der Bibel Sätze wie: „Geh den Weg, den ich, der Herr, dir weise, und weiche weder zur Rechten noch zur Linken davon ab.“ Auch hier ist natürlich kein Abweichen in die heutigen politischen Lager gemeint, aber wenigstens geklärt, dass der Weg Gottes nicht automatisch rechts ist – in welchem Sinn auch immer.

Den Weg Gottes zu gehen und nicht davon abzuweichen, ist der Maßstab für uns als Partei für eine christlich fundierte Politik. **Wir gehen damit einen „Sonderweg“, der sich nicht ideologisch rechts oder links verortet, sondern sich aus der Liebe zu Gott und den Menschen speist,** wie diese Woche der Vertreter einer neuen rumänischen Mitgliedspartei der ECPP



Jubiläumsfeier 10 Jahre Bündnis C

ihre Philosophie zusammenfasste. Diese Liebe soll auf der Sachebene unsere politischen Positionen formen. Sie wird aber noch mehr auf der Beziehungsebene offenbar, wie wir mit unseren politischen Gegnern umgehen. In der Gedenkfeier für Charlie Kirk sagte US-Präsident Trump, dass Charlie sogar seine Gegner geliebt hat, und dass das der Unterschied zwischen Ihnen sei: Er hasse seine Gegner. Ich erlaube mir erneut einem auch unter Christen bekannten Redner in Deutschland zu widersprechen, der dazu meinte, Erika Kirk habe dem Mörder ihres Mannes vergeben, damit es keinen Aufruhr im Land gibt. Sie hätte als Christin gesprochen, Trump hingegen als Politiker. Das müsse man unterscheiden. Wirklich?

Mit einer solchen Schere im Kopf zwischen dem Anspruch des Evangeliums und unserem politischen Agieren macht unser Tun keinerlei Unterschied im Land und neutralisiert die christliche Ethik. Gerade das ist die Nagelprobe, ob wir unsere politischen Gegner zu Feinden machen oder sie als Menschen ansehen, die nach ihren Maßstäben etwas Gutes wollen – auch wenn unsere Maßstäbe für Gut und Böse aus der biblischen Ethik gänzlich anders sind. Die Herausforderung ist, unseren politischen Gegner zu achten und in den Diskurs darüber zu gehen, aber ihn nicht zu dämonisieren.

Genau das hat Charlie Kirk getan. Sein Wirken ist für uns als Partei ein Beispiel, weil er **aus christlicher Perspektive öffentlichkeitswirksam politisch Stellung bezogen** hat, so wie wir das versuchen. Hätte er „nur“ Evangelium gepredigt, hätten einige zugehört, andere hätte es nicht interessiert und kaum jemand hätte Anstoß genommen. Er gab jedoch immer wieder Beispiele dafür, dass der christliche Glaube politisch ist und politische Auswirkungen hat, so wie die kultur-marxistische Indoktrination an den Universitäten antichristlich ist, die die Politik der westlichen Welt beherrschen will. Charlie Kirk hat der Sendung des Sohnes die Sendung Israels hinzugefügt. Dafür wurde er bekämpft bis aufs Blut.

Viele hatten den Eindruck, dass mit seiner Ermordung und der Reaktion seiner Frau und vieler seiner Anhänger darauf ein Momentum in der jüngeren Generation freigesetzt wird. Ein evangelikaler Kommentator fragte letzthin sinngemäß: **Könnte es sein, dass das Ausblenden der kulturellen und politischen Auswirkungen des Evangeliums unser christliches Zeugnis teilweise neutralisiert hat?** Besonders im evangelikalen Spektrum wurde die politische Dimension der Bibel weithin vermieden und nicht gelehrt. Nach Kirks Tod suchen viele junge Menschen nach

Lehrern, die sie apologetisch schulen, aus einem biblischen Verständnis politisch zu argumentieren. Wer wird sie darin ausbilden?

Ich habe eingangs unseren Eindruck vom CCD erwähnt, dass Christen in den Kirchen nicht zugerüstet werden für ein Wirken in der Gesellschaft, weder für die Politik noch für die Wirtschaft. **Kann es sein, dass wir als Bündnis C da einen Auftrag haben**, weil genau das unsere Mission für die Politik seit vielen Jahren ist? Auch in Deutschland sehen wir erste Aufbrüche unter jungen Menschen, die inmitten der multiplen Krisen Gott suchen und finden und Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen wollen. **Können wir mit Bündnis C eine solche Bewegung mit hervorbringen**, die genau unsere DNA hat? Eine Bewegung, die auf biblischer Grundlage politisch agiert, und die dabei nicht die Gegner bekämpft, sondern den Diskurs sucht. Eine neue reformatorische Bewegung für das Land aus dem Wort und dem Geist Gottes? Wie könnte so eine Bewegung aussehen, die Christen für die Politik vereint, statt dass wir in den verschiedenen Parteien verteilt als gegenseitige Konkurrenten agieren und damit kaum eine Wirkung im Land haben?

Wir werden dazu eine Videobotschaft von Micha Schlittenhardt einspielen, dem Vorsitzenden des Beirats von Bündnis C, der einige Ideen anspricht, wie Bündnis C Wirkung auf anderen politischen Ebenen als bisher entfalten könnte. Als scheidende Bundesvorsitzende glaube ich, dass es nach zehn Jahren Bündnis C und nunmehr 36 Jahren seit der Gründung unserer ersten Vorgängerpartei, der PBC, in denen wir der 5%-Hürde nicht nähergekommen sind, Zeit ist zu fragen: **Wozu war das alles gut? Was willst Du, Herr, damit schaffen für diese Zeit, in der wir jetzt stehen?**

Wir werden morgen einen neuen Bundesvorstand wählen, der Bündnis C in die nächste Zeit führen wird. Bitten wir den Herrn um Sein Reden, dass wir hören und sehen, was Er für uns vorbereitet hat.



Karin Heepen

Letzte Rede als
Bundesvorsitzende

Einheit in Christus – für Politik und Wirtschaft

Vortrag auf dem Bundesparteitag 2025

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft,

Zu klein zum Siegen?

Nicht mit dem richtigen Wirtschaftskonzept!

Viele Parteien starten mit Herz und Vision, aber oft mit zu wenigen Menschen, zu wenig Reichweite, zu wenig Einfluss. Dann fällt der Satz: „Wir sind zu klein, um Wahlen zu gewinnen.“ Doch Größe gewinnt keine Wahlen, sondern Glaubwürdigkeit.

Unsere Welt ist in Bewegung, wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich. Meinungen spalten sich, Systeme stoßen an Grenzen, Vertrauen schwindet. Schlagzeilen übertönen Gewissen. Zugleich wächst ein stiller Ruf: Es muss wieder menschlicher werden. Das ist Einladung und Auftrag, neu zu denken, wie wir wirtschaften, regieren und miteinander umgehen. Jesus sagt in Joh 15,4: „Bleibt in mir, dann bleibe ich in euch“. Aus dieser Verbundenheit erwachsen Haltung, Hoffnung und Handeln.

Diagnose:

Wo stehen wir und was heißt das?

Wir haben viel erreicht und viel verloren. Wirtschaft wird von Effizienz gejagt, Politik von Zustimmung, Menschen von Sinn. Das ist Chance und Weckruf zugleich für ein glaubwürdiges Evangelium im Alltag und für verantwortliches Wirtschaften.

Ein paar harte Linien, die viele spüren:

- Teile der Industrie verlagern Kapazitäten ins Ausland. 3,2 Mio. Klein- und Kleinunternehmen sichern Millionen Arbeitsplätze und leiden besonders unter Kosten, Bürokratie und Unsicherheit.
- Lebenshaltungskosten belasten Familien spürbar. Wohnen wird zum Risiko. Viele empfinden, dass Statistik und Einkaufskorb auseinanderklaffen.
- In Betrieben überdecken Existenzsorgen oft die Fürsorge für Menschen. Motivation sinkt, die innere Kündigung wächst.



Doch Probleme und Hindernisse sind wie ein Sturm. Danach ist nicht das Ende, sondern er reinigt. Die Politik erhöht oft die Steuern und reduziert Anreize, statt Investition und Arbeit zu belohnen. Genau hier liegt ein Feld für glaubwürdige, konstruktive Christen in Politik und Wirtschaft: Rahmen zu schaffen, die Leistung, Verantwortung und Miteinander stärken.

Kernfragen, die viele Menschen beschäftigen sind: Kann ich von meiner Arbeit gut leben? Finde ich bezahlbaren Wohnraum? Hat mein kleines Unternehmen in Deutschland eine Zukunft?

Die Antwort beginnt mit dem, was uns eint, nämlich Sanftmut und Wahrheit, Einheit und Integrität. Politik und Wirtschaft dürfen keine getrennten Welten sein. Ohne Politik mit Herz verliert die Wirtschaft die Richtung. Ohne Wirtschaft mit Verantwortung verliert die Politik Glaubwürdigkeit.

Wirtschaft mit Herz: Gewinn braucht Gewissen

Unternehmer, die aus der Einheit mit Christus leben, wissen: Wir sind Verwalter, nicht Besitzer. Die Leitfrage heißt nicht „Was bringt es mir?“, sondern „Wem dient es?“.

Praktische Leitplanken stellen

Menschen vor Zahlen: Wie geht es den Mitarbeitern?

- Wirkung vor Image: Welchen Fußabdruck hinterlassen wir in Gesellschaft und Natur?
- Wahrheit vor Taktik: Wie gehen wir mit Fehlern, Schwächen und Chancen um?

Glaube ist kein Marketing. Kunden gewinnen wir durch gute Produkte, saubere Prozesse und verlässlichen Service. Und wir überzeugen durch unseren Lebensstil, besonders in Krisen. Auch eine Partei sollte so vorgehen. Dazu gehören:

- Qualifizieren und befähigen: Ausbildung und Fachkräfte gewinnen, Mitarbeiter unterstützen, um sich weiterzuentwickeln
- Führung lernen, Geschäftsmodelle neu überlegen, Aufträge sichern
- Regionale Strukturen stärken: klare Leitlinien und Tools entwickeln und aufzeigen, damit Menschen erreicht werden.

Wenn Werte nicht mit dem Hammer kommen, sondern in Konzepten sichtbar werden, entsteht Vertrauen. So werden sich auch Geschäftsleute in einer Politik wiederfinden, die Herz und Verstand verbindet.

Politik mit Verantwortung: Führen heißt Dienen

Politik mit Verantwortung ist Dienst am Menschen über Wahlperioden hinaus. Sie fragt: „Was nützt es uns?“, nicht: „Was nützt es mir?“

Merkmale einer dienenden Führung sind Mut zur Wahrheit, auch wenn es Stimmen kostet. Mut zu un-

populären Wegen, wenn sie dem Gemeinwohl dienen. Mut zur Verantwortung nach den Werten, die Christus zeigen.

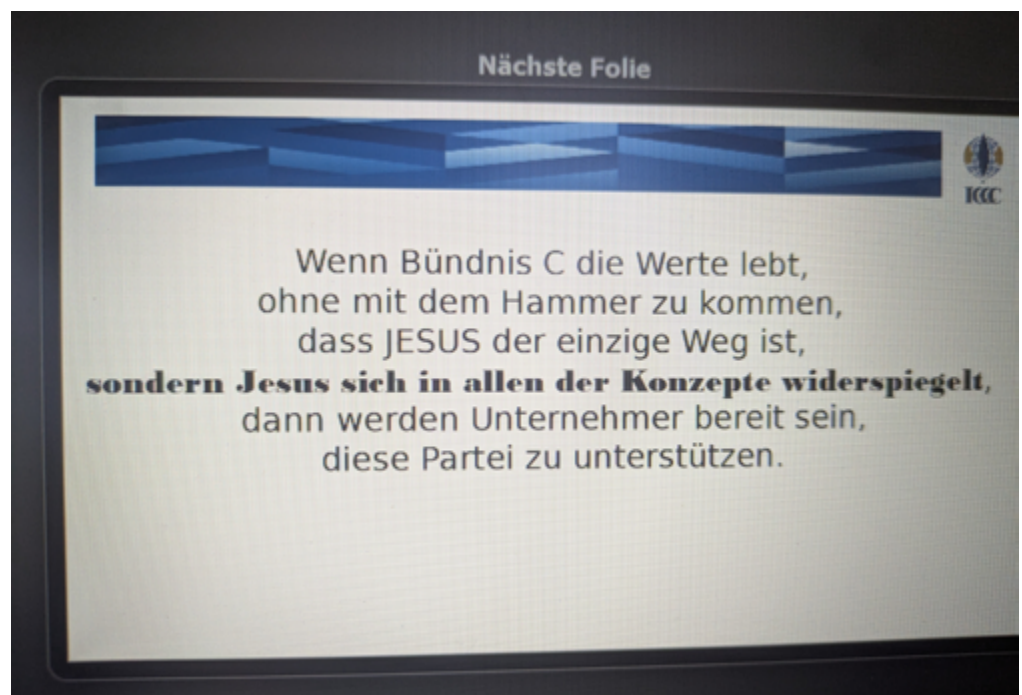
So denken auch gute Geschäftsleute. Die Parallelen sind offensichtlich: Die Vision von 5% ist ein Fernziel, das auch als klares Ziel formuliert werden und im Fokus stehen sollte. Sie fängt natürlich 0,5 und 1% an. An dieser Vision richtet sich die Strategie aus, um Menschen (auch Nichtchristen) zu erreichen, die verstehen, vertrauen und wählen. Die Ausrichtung orientiert sich an der Überzeugung vom Auftrag der Partei und nicht an Umfragen.

Glaubwürdigkeit ist die seltenste und wertvollste Währung der Demokratie. Wer dienen will, stellt Menschen vor Posten und hält Kurs, auch im Gegenwind.

Die Brücke: Einheit als göttliche Strategie, nicht als fromme Idee

Einheit in Christus ist Gottes Antwort auf eine zerrissene Welt. Jesus hat gebetet „... dass sie alle eins seien, ... damit die Welt glaubt ...“ (Joh 17,21). Einheit ist Teil der Mission, nicht bloß Harmonie. In ihr liegt Kraft, keine Schwäche. Sie ist ein Zeugnis, das Herzen bewegt.

Wenn Christen in Wirtschaft, Politik, Bildung und Gesellschaft aus dieser Einheit handeln, ändert sich Atmosphäre, reifen Entscheidungen und es wächst Vertrauen.



Damit eine Partei diesen Weg gehen und die Mitglieder darin stärken kann, braucht sie Leiter, die gemeinsam und in Einheit auf das Ziel zugehen. Jede Person darf und soll ihre eigene Meinung behalten. Doch wenn sie lernt, sich selbst zurückzunehmen und Jesus den ersten Platz zu geben, entsteht eine Bewegung mit einer Kraft, die nach außen strahlt und Menschen berührt. So schafft die Politik Rahmen, in denen sich Verantwortung wirklich lohnt, und zeigt Unternehmern, dass diese Partei sich ehrlich um ihre Anliegen kümmert.

Die Unternehmen erkennen dabei, dass Wahrheit und Menschlichkeit echte Vorteile im Wettbewerb sind. So entsteht Vertrauen in den Firmen und bei den Menschen rund um das Unternehmen. Dieses Vertrauen wird zu einem festen Fundament für das Unternehmen, die Mitarbeiter und ihre Familien.

Der Weg nach vorn: Konkrete Schwerpunkte & Programme

Technologie (KI), globale Märkte, Umweltwandel und Polarisierung fordern uns heraus. Keine Technologie ersetzt das Herz, keine Ideologie das Gewissen. Was wir brauchen, ist Mut zum ersten Schritt, zum Hinsehen, zum Neuanfang.

Konkrete politische Maßnahmen, die sofort und spürbar besonders Klein- und Kleinstunternehmen helfen, wären:

- **Steuererleichterungen für KMU**, Arbeits- und Investitionsanreize, Erleichterungen für Gewinnthesaurierung und Senkung der Lohnnebenkosten für Menschen, die arbeiten wollen.
- **Gründungsfreundlichkeit radikal erhöhen** mit Entlastungen in den ersten Jahren, durch Bürokratieabbau und Steuererleichterungen, die Liquidität schaffen.
- **Energiekosten nicht nur für Großunternehmen dämpfen**, z. B. durch planbare Netzentgelte und technologieoffene Effizienzprogramme.
- **Genehmigungen entflechten** mit Ein-Tür-Prinzip, digitalen Verfahren, klaren Fristen und Rechtssicherheit.

Dazu kommen Kultur-Hebel in Unternehmen, die Qualifizierung und faire Löhne unterstützen („Der Arbeiter ist seines Lohnes wert“ – Mt 10,10; Lk 10,7; 1Tim 5,18). Junge Menschen wollen Perspektiven mit Arbeit, die sich lohnt, und Zeit, die Leben ermöglicht. Mehrarbeit braucht Anreize statt Demotivation, damit Familien gestärkt werden und Betriebe tragfähig bleiben. Ein Weg

könnte sein, dass Menschen, die mehr als dreißig Stunden arbeiten, weniger Steuern zahlen. Davon profitieren auch die Unternehmen. Sie brauchen Perspektiven und Freiräume, um mutig handeln zu können.

So entsteht wieder Lust auf Leistung, nicht durch Parolen, sondern durch verlässliche Rahmen und erkennbare Verbesserungen.

Aufruf zur Erneuerung: Vom „Zu klein“ zum Gestalten

Einheit in Christus heißt nicht, gleich zu denken, sondern im gleichen Geist zu handeln. Wir tragen einander, vergeben einander und gestalten gemeinsam: mit Herz, Verstand und Heiligem Geist.

Unternehmen brauchen politische Verlässlichkeit und Politik braucht verlässliche Unternehmen. Wenn Planungshorizonte wachsen, investieren Betriebe, entstehen Jobs, gewinnen junge Menschen Perspektive. Neid bremst, Wertschätzung bewegt.

Bündnis C kann hier glaubwürdig vorangehen mit politischen Lösungen statt Parolen oder Jesus-Worten auf Plakaten und mit einer verlässlichen Wirtschaftspolitik für die 3,25 Mio. Kleinst- und Kleinunternehmer, die andere Bereiche wie Arbeit und Familie automatisch mit abdeckt.

Dann wählen Menschen keine Größe, sondern Glaubwürdigkeit. Auch kleine Parteien können groß werden, wenn sie zeigen: Wir verstehen, was die „Kleinen“ in der Wirtschaft brauchen. Wir übernehmen Verantwortung und wir bringen Hoffnung zurück.

Das ist keine Träumerei, sondern Strategie, der Weg vom „Zu klein zum Siegen“ hin zum „Zukunft gestalten“. „Nicht durch Macht und nicht durch Kraft, sondern durch meinen Geist, spricht der HERR.“ (Sach 4,6)



Fritz Wohlfarth

Präsident ICCG
Deutschland

Zeitenwende Deutschland – Israel

Vom 5.-8. November veranstaltete das Christliche Forum für Israel (CFFI) in Berlin eine Gebets- und Strategiekonferenz unter dem Titel „Zeitenwende Deutschland – Israel“. Über 300 Freunde Israels waren zu Plenumsveranstaltungen, zu Workshops und Gebet in unserer Hauptstadt zusammengekommen. Bündnis C-Generalsekretärin Karin Heepen leitete einen der zehn Workshops zum Thema „Israel und die deutsche Staatsräson – was geht das uns Christen an?“¹

Nach dem informativen Vortrag mit Aspekten zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Beziehung zwischen Deutschland und Israel kam es zu einem intensiven Gedankenaustausch mit den knapp 40 Teilnehmern. Danach bildeten sich Gebetsgruppen mit den Schwerpunkten:

- Israel-Gebetskreise für unsere politische Führung in den Kirchen und Gemeinden
- Als Christen hörbar und sichtbar werden für die Politik
- Initiierung eines „Jerusalem Prayer Breakfast“ in Berlin.

Zum Schluss betete die Gruppe für eine neue Generation junger Christen, die Politik biblisch fundiert denken und Verantwortung für unser Land und für Israel übernehmen.



¹ Die Präsentation zum Vortrag ist unter <https://buendnis-c.de/israel-und-die-deutsche-staatsraeson-2-6867/> abrufbar.



Als Bonus konnten wir während der gesamten Konferenz mit einem Informationstisch zwischen den zahlreichen Israelwerken stehen und über Bündnis C informieren. Die Bandbreite der Gespräche reichte von totaler Unkenntnis unserer Partei bis zur Mitnahme eines Aufnahmeantrages, von „ein Kuli reicht mir“ bis zum Stapel mit je einem Exemplar unserer Broschüren.

Aber wir waren nicht nur als Aussteller in Berlin, sondern auch als Teilnehmer der Gebets- und Strategiekonferenz. Wir haben die besonderen Plenumsveranstaltungen mit vielen Höhepunkten miterlebt. Die Eindrücke waren teilweise so intensiv und umfangreich, dass es nicht einfach war, alles Wertvolle zu verarbeiten. Inspirierend waren die jüdisch-messianischen Leiter Asher Intrater und Ariel Blumenthal aus Jerusalem mit ihrer Auslegung der Heiligen Schrift und ihren prophetischen Aussagen über das Verhältnis zwischen Israel und Deutschland, mit denen sie uns immer wieder in unsere Berufung als Deutsche für Europa und für Israel riefen.

Zum Abschluss der Konferenz wurde von den Teilnehmern die nebenstehende Erklärung verabschiedet. Diese Deklaration kann eine Grundlage dafür werden, die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel auf eine neue stabile Basis zu stellen.



Zeitenwende Erklärung 8. November 2025

Vor dem Hintergrund unserer Geschichte als Deutsche und in Anbetracht der weltweiten Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023 verstehen wir, dass sich nach den Worten des Propheten Joel das Tal der Entscheidung geöffnet hat und wir uns in einer Zeitenwende befinden.

Als Gläubige an den Messias Jeschua, Jesus Christus, Jüdische und Nicht-Jüdische, haben wir einen Weg vor uns, den wir noch nicht gegangen sind.

Als Deutsche im Messias Jeschua und Freunde zusammen mit unseren jüdischen Freunden aus Israel im Messias erklären wir feierlich, so wahr Gott uns helfe:

Es gibt keine Neutralität. Als Deutsche und Freunde entscheiden wir uns, an der Seite des jüdischen Volkes und an der Seite Israels zu stehen.

Wir erkennen sie als das Volk Gottes an, Israel als ihre gottgegebene Heimat mit Jerusalem als ungeteilter und ewiger Hauptstadt.

Wir ehren sie für das Erbe der Väter, das Wort Gottes und das Heil in Jesus Christus, Jeschua dem Messias, dem König der Juden, dass uns die judeo-christlichen Wurzeln unserer Kultur gegeben hat.

Die Frohe Botschaft ist aus Jerusalem ausgegangen und wird in Jerusalem vollendet werden, und die Rückkehr des Messias wird einhergehen mit der Wiederherstellung des Thrones Davids, von dem aus Gottes Königreich über alle Nationen herrschen wird.

Als Gläubige aus den Nationen erklären wir unsere Dankbarkeit. Als die Frohe Botschaft zu uns Nicht-Juden gekommen war, haben unsere jüdischen Freunde unsere nichtjüdische Identität wertgeschätzt und geschützt.

Wir bekennen, dass wir als nichtjüdische Gläubige es in der Folge nicht gleichermaßen getan haben. Als die nichtjüdische Identität in Christus vorherrschend wurde, haben wir die jüdische Identität im Messias verdrängt, verfolgt und mit unserem Standard ersetzt, an vielen Orten bis heute.

Wir bekennen als Christen unsere antijüdische Geschichte vom 2. Jahrhundert an bis zur Shoa und die Lüge, die wir gelebt haben, wir könnten Jesus, Jeschua, dem König der Juden, folgen, ohne seine geistliche Herkunft, das jüdische Volk und ihr Land Israel zu ehren und zu lieben.

Wir erklären, dass wir davon umkehren und zurückkehren an unseren rechtmäßigen Platz als Hinzugekommene zum Israel Gottes und in den Ölbaum Eingepflanzte. Wir wollen unsere geistlichen Väter, die jüdischen Gläubigen im Messias, ehren und lieben und, so wahr Gott uns helfe, unser Leben dafür einsetzen, damit sie in ihre Berufung kommen, damit der Messias kommen kann.



Gemeinsam mit den Gläubigen aus dem jüdischen Volk erklären wir, dass wir als messianisch Gläubige und Gläubige aus den Nationen zusammengehören. Wir brauchen einander und, so wahr Gott uns helfe, werden wir den Weg in der Nachfolge des Messias zusammen gehen. Wir wollen dabei unsere beiden unterschiedlichen Identitäten respektieren, schätzen und schützen. Wir wollen einander als Freunde helfen und gemeinsam sagen: „Der Schwache sage, er sei stark!“, um immer mehr als eine Herde mit einem Hirten proaktiv voranzugehen, in die Bestimmung im Messias zu kommen und die Wiederkunft des Messias vorzubereiten.

Berlin, den 8. November 2025

Ich bin dafür

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejammt, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter.

Deshalb heißt es an dieser Stelle: **Ich bin dafür!**

Heute: Die Abgrenzung

Ich gebe zu, liebe Leser, das ist nicht gleich und auf den ersten Blick ein integratives Thema, es wirkt nicht direkt christlich und die Hand reicht es auch nicht. Das ist auch nicht das Ziel, ehrlich. Jedenfalls nicht als erstes. Eins werde ich dennoch zunächst prophylaktisch richtigstellen, damit Sie mir noch ein wenig folgen: Es geht nicht um die Abgrenzung von Menschen!

Die Ausgrenzung von Andersdenkenden ist weder die Konsequenz von „*Wer nicht mit mir ist, der ist gegen mich*“ in Matthäus 12,30 noch von „*Wer nicht gegen uns ist, der ist für uns*“ in Markus 9,40.

Wenn man in die Parteienlandschaft blickt, dann gewinnt man den Eindruck, dass sich vor allem die (gar nicht mehr so) großen Parteien immer ähnlicher werden. Und auch die Ränder „links“ und „rechts“ gleichen sich zunehmend. Warum eigentlich? Nicht, dass ich zu den Streitigkeiten früherer Jahre zurück will, wie den Handgreiflichkeiten in den Zeiten Herbert Wehners, den polternden Beleidigungen eines Franz Joseph Strauß oder den Abkanzelungen von Helmut Kohl. Aber wo sind die Differenzen? Welche Partei steht tatsächlich warum wofür und wie wollen sie das erreichen? Und was vielleicht und was auf keinen Fall? Und auch hier wieder: Warum?

In Matthäus 5,37 lesen wir: „*Euer Ja sei ein Ja und euer Nein ein Nein.*“ Aber was genau ist denn unser Ja und unser Nein? Was sind unsere spezifischen Ziele und wo mögliche rote Linien? Wo steht das und wie kommen wir darauf oder begründen das?

Moment mal, werden Sie jetzt rufen, wir sind eindeutig für Israel und gegen Abtreibung, auch gegen den Genderwahnsinn und für Religionsfreiheit. Aber warum? Biblische Zitate und theologische Konstruktionen sind keine politischen Aussagen. Diese zu formulieren aus unseren christlichen Bekenntnissen heraus, das ist

unsere Aufgabe. Dass Abtreibung auch in wirtschaftlicher Not Sünde ist, ist dem nichtchristlichen Wähler schon schwer genug zu vermitteln. Aber was ist mit der kriminellen Indikation oder bei drohenden gesundheitlichen Schäden? Das müssen wir formulieren und klarstellen. Oder wie vertragen sich unsere Vorbehalte gegen staatlich verordneten Mindestlohn mit dem „*Ein Arbeiter ist seines Lohnes Wert*“ (1. Timotheus 5,18) oder dem Verbot, dem dreschenden Ochsen das Maul zu verbinden (5. Mose 25,4) angesichts nicht nur gelegentlich vorkommender Unterbezahlung?

In seinem Referat auf unserem Parteitag am Reformationstag hat Fritz Wohlfarth uns aufgefordert, unser Profil zu schärfen. Damit nicht nur erkennbar ist, was wir an den Positionen der anderen Parteien ablehnen, sondern auch, wofür wir stehen und wie wir das erreichen wollen. Damit unsere Alleinstellungsmerkmale als christliche Partei klar werden und unsere Antworten wirkliche Alternativen sind zu den immer schwammigeren Allgemeinplätzen der politischen Mitbewerber. Damit potenzielle Wähler erkennen, was sie bekommen, wenn sie uns ihre Stimme geben. Oder uns darüber hinaus unterstützen, damit wir diese Ziele auch erreichen.

Wir laden Sie ein, liebe Leser, sich an dieser Abgrenzung zu beteiligen. Wir brauchen lediglich Sachverstand und Bibelkenntnis, fachliche Expertise und theologisches Wissen. Zugegeben, wir benötigen auch Zeit, Kreativität, Engagement, einen langen Atem und den Willen, diese Aussagen so interessant, sachlich und theologisch begründet zu formulieren, dass die Menschen auf uns und unsere Themen und Vorschläge aufmerksam werden und mehr davon lesen wollen.

Fragen Sie bei Interesse in der Bundesgeschäftsstelle nach oder in Ihren Verbänden, Sie werden offene Türen vorfinden. Ideal wäre natürlich, wenn sich zu einzelnen Themen mehrere zu Wort melden würden, dann können wir Sie vernetzen und Arbeitsgruppen bilden oder vielleicht sogar Bundesarbeitskreise einsetzen.

Und falls Sie unsicher sind und mich fragen: Ich bin dafür.

Hartmut Voß

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Gebetsaufruf

Zum Abschluss des Parteitages in Eisenach hat sich der neu gewählte Bundesvorstand bewusst unter den Segen Gottes gestellt, um Diener zu sein – in dieser Partei und durch die Partei im Reich Gottes. Denn so verstehen wir diese Arbeit: als Christen dem Land zu dienen. Antworten zu geben auf gesellschaftliche oder politische Fragen, die auf Gottes Wort gründen. Und das in einer Form, die auch diejenigen anspricht, die nicht aus einem christlichen Hintergrund kommen. Weil wir davon überzeugt sind, dass es funktioniert und unser Land das braucht. Dass dies nicht ganz einfach ist, haben etliche unter Ihnen schon erlebt. Dass das Gebet den Unterschied machen kann, sicher auch.

Darum laden wir Sie ein, die Arbeit in Bündnis C im Gebet zu begleiten. Um die zu unterstützen, die sich hinauswagen, um Türen und Ohren zu öffnen, Schutzmauern aufzurichten, Weisheit zu erbitten, den Vorstand zu segnen, Frieden zu stiften und vieles mehr.

Es gibt eine Gruppe von Betern, die sich vierzehntägig per Videokonferenz trifft, um gemeinsam aktuelle Fragen vor Gott zu bewegen. Und es erscheint monatlich ein kurzer Gebetsbrief mit weiteren Informationen und Anliegen für Fürbitte und Danksagung, den Sie bei Interesse beziehen können. Wenn Sie Teil werden möchten von dieser Arbeit, sei es daheim im stillen Kämmerlein, als Teil der Online-Beter, mit dem Aufbau einer Gebetsgruppe vor Ort oder im heimischen Landes- oder Regionalverband, dann sind Sie herzlich willkommen. Melden Sie sich bitte in der Bundesgeschäftsstelle oder unter gebet@buendnis-c.de.

All jenen, die schon dabei sind, die Arbeit von Bündnis C im Gebet zu unterstützen, sagen wir an dieser Stelle herzlichen Dank.

Es grüßt Sie im Namen des Bundesvorstandes

Hartmut Voß

Stellvertretender
Bundesvorsitzender



Spendenaufruf

10 Jahre Bündnis C – Gott hat uns bis hierher treu geführt

Dafür möchten wir Gott und allen treuen Spendern ganz besonders danken. Ohne Ihre regelmäßige Unterstützung hätten wir vieles nicht schaffen können.

Am 1. November 2025 wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt – ein neuer Aufbruch. Wir spüren, dass Veränderungen anstehen. Wir sind sehr dankbar für den guten Boden, der in den vergangenen Jahren vorbereitet wurde.

Damit Bündnis C wachsen kann, ist es entscheidend, in den sozialen Medien stärker präsent zu sein. Um entsprechende Kampagnen zu planen, sind wir auf Spenden angewiesen. Auch die Personalkosten werden 2026 wieder steigen. Es ist uns ein großes Anliegen, mehr Mitarbeiter finanziell freizusetzen, um die Kapazitäten von Bündnis C zu verstärken. Zudem stehen mehrere Konferenzen an, auf denen wir wieder mit einem Stand vertreten sein möchten.

Jeder Euro hilft!

Ihre Unterstützung trägt dazu bei, dass wir gemeinsam an unserer Vision arbeiten: unserem Land zu dienen, Bündnis C weiter aufzubauen und als Partei eine sichtbare Stimme zu werden.

Bitte denken Sie daran: Spenden an Parteien sind steuerlich absetzbar. Zu Beginn des kommenden Jahres erhalten Sie automatisch eine entsprechende Spendenbescheinigung.

Sie können auch schnell und bequem per PayPal spenden. Besuchen Sie dafür einfach unsere Webseite und wählen Sie unter „Spenden“ den PayPal-Button aus.

Herzlichen Dank für jede Form der Unterstützung!

Verena
Thümmel

Stellvertretende
Bundesvorsitzende



Aus den Landesverbänden

Nordrhein-Westfalen

Kommunalwahlkampf in Espelkamp, Kreis Minden-Lübbecke

Am **13. September 2020** fanden damals vor fünf Jahren in NRW die Kommunalwahlen statt. Im Juni 2020 wurde in Espelkamp der Kreisverband Bündnis C Minden-Lübbecke gegründet. Mit viel Begeisterung und Engagement haben wir uns damals in den Wahlkampf als politische Neulinge eingebracht. Mit Gottes Hilfe und dem fleißigen Einsatz einer Reihe von Mitgliedern, Freunden und Verwandten gelang es uns damals, in der kommunalpolitischen Landschaft in Espelkamp, einer Stadt mit 25 000 Einwohnern im Norden von NRW, mit einem Mandat im Stadtrat Fuß zu fassen. So durfte ich die politischen Überzeugungen und christlichen Werte von Bündnis C – Christen für Deutschland im Espelkamper Stadtrat fünf Jahre lang vertreten.

Am **14. September 2025** fanden in NRW erneut die Kommunalwahlen statt. Wir haben die Erfahrungen aus der Vergangenheit in den Wahlkampf eingebracht und große personelle und finanzielle Anstrengungen unternommen, um auch diesmal die politische Präsenz von Bündnis C im Stadtrat von Espelkamp aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit auszubauen. So wurden 5000 auf die kommunalpolitische Situation in Espelkamp ausgerichtete Flyer bestellt und an die Bürger verteilt sowie etwa 1000 Kugelschreiber mit dem Logo unserer Partei. Und es wurde mit 200 Plakaten das Stadtbild von Espelkamp nachhaltig geprägt. Die Verteilung der Flyer haben die Mitglieder selber bewerkstelligt, indem sie von Haus zu Haus gingen und so ca. $\frac{2}{3}$ der Stadtfläche mit Prospektmaterial abdeckten. Auch mehrere Infostände wurden durchge-

führt. An einem beteiligte sich unser Landesvorsitzender Klaus-Jürgen Pütz.

Espelkamp ist kommunalpolitisch seit 26 Jahren eine Domäne der CDU. Wir hatten als Vertreter einer kleinen Partei einen schweren Stand. Doch hat es Gott Bündnis C ermöglicht, in dieser Stadt die Stellung zu halten und die Präsenz unserer Partei im Stadtrat auch in der neuen Legislaturperiode fortzuführen. Es ist unsere aufrichtige Intention, wie in unserem Parteiprogramm dargelegt, aus einer intakten Beziehung zu Gott intakte Beziehungen und Verhältnisse in sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der Stadt zu fördern: in der Wirtschaft, Kultur, Finanzen, Soziales, Freizeit und Sport. Espelkamp ist in einer schweren finanzwirtschaftlichen Lage. Ein vernünftiger und verantwortlicher Umgang mit den Finanzen der Stadt ist dringend geboten, um die Pleite der Stadt abzuwenden. Hier ist die christliche Ethik gefordert, wenn denn die politischen Akteure sie umzusetzen gewillt sind.

Unseren Bündnis-C-Parteifreunden möchten wir aus Espelkamp unsere Erfahrungen mitteilen und anregen, dass es zwingend erforderlich ist, erst einmal kommunalpolitisch Fuß zu fassen, um in absehbarer Zukunft landespolitisch relevant zu werden. Jedes aktive Mitglied, und vor allem alle Amtsinhaber in den Landes-



v.l.n.r.: Anna Janzen, Rimma Fast, Victor Harder, Dietrich Janzen, Walter Gomionik



vorständen, sollten mit mindestens drei Mitgliedern aus ihrer unmittelbaren Umgebung einen Orts- oder Kreisverband gründen und dann den Fokus der politischen Arbeit auf das Einbringen eines oder mehrerer Vertreter

von Bündnis C in den jeweiligen Stadtrat ausrichten. Wir brauchen viele solcher funktionierenden lokalen Grundzellen, aus denen sich dann die politische Arbeit landesweit aufbauen lässt. Nur auf Landesebene zu experimentieren, ohne eine kommunalpolitische Basis zu haben, führt nicht zum Erfolg. Diese Schlussfolgerung lässt sich aus zehn Jahren politischer Arbeit seit dem Bestehen von Bündnis C ableiten.

Gott helfe uns allen in dieser zunehmen gottlos gewordenen Zeit, die Kirche und die christlichen Werte nicht im Dorf zu belassen, sondern mutig unsere Aufgaben als Christen in der modernen Gesellschaft wahrzunehmen. Jesus sagte zu seinen Jüngern:

„Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, der auf euch kommen wird, und werdet meine Zeugen sein in Jerusalem und in ganz Judäa und Samarien und bis an das Ende der Erde.“ (Apg 1,8)

In diesem Sinne lasst uns beten und arbeiten, „ora et labora“, um diesem Auftrag unseres Herrn gerecht zu werden.

Dietrich Janzen

Kreisvorsitzender
Minden-Lübbecke

Stadtrat Espelkamp



Hamburg

Landesparteitag in Hamburg



Am 19. Juli 2025 fand in Hamburg Altona in einem gemütlichen italienischen Restaurant am Spritzenplatz unser Landesparteitag statt. Wie sich herausstellte, befanden wir uns an einem historischen Ort. Nach älteren, mündlichen Überlieferungen hat der Spritzenplatz seinen Namensursprung vermutlich daher, weil man sich dort traf, wenn ein Feuer im Viertel ausbrach.

Der Vorstand berichtete über seine Arbeit und über das Landesverbandstreffen Nord, das am 29. März 2025 in Quickborn stattfand.

Der Landesverband Hamburg plant am 29. November eine Informationsveranstaltung mit einem Gastredner zur Gesundheitspolitik, zu dem wir alle Mitglieder und Interessenten auch aus den anderen Bundesländern herzlich einladen. Weitere Informationen hierzu folgen. Wir möchten diese Veranstaltung dazu nutzen, Bündnis C in Hamburg bekannt zu machen, um dadurch neue Mitglieder gewinnen zu können.

Frischer Wind ist notwendig, damit wir in Hamburg mit voller Kraft starten können.

Sonja
Koschinsky

Landesvorsitzende
Hamburg



Niedersachsen

Gemeinderatsarbeit 2025 in Bad Essen

Im Großen und Ganzen läuft die Gemeinderatsarbeit problemlos ab. In den viermal jährlich stattfindenden Rats-, Ausschuss- und Gruppensitzungen von SPD/Bündnis C bekomme ich eine im Wesentlichen einvernehmliche Arbeitsweise mit. Vielfach werden die Ratsbeschlüsse einheitlich oder mit großer Mehrheit beschlossen. Der erste Gemeinderat arbeitet hervorragend und wurde vor Kurzem bereits zum vierten Mal in Einstimmigkeit wiedergewählt.

In diesem Jahr wurden etliche Beschlüsse gefasst:

- Entgeltanpassung für den RuheForst Schloss Hünnefeld Bad Essen
- Gebührenanpassung für den Wasserverband Wittlage
- Rathaus Bad Essen Teilneubau und Sanierung
- Brandschutzkonzept 2025 mit Umsetzung Brandschutzbedarfsplan
- Abschluss eines Nutzungsvertrages mit der Dreizehnte ENP Windpark GmbH & Co. KG Osnabrück zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen
- Stellungnahme der Gemeinde Bad Essen zum Entwurf für den 5. Nahverkehrsplan 2026–2030 für Landkreis und Stadt Osnabrück
- Der Neubau einer 4-zügigen Grundschule und einer 2-fach-Sporthalle ist geplant und wird in den nächsten Jahren erfolgen.

Ich bin außerdem im Ortsrat Eielstädt als beratendes Mitglied tätig. Im Juni 2025 fand das 25-jährige Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Bad Essen-Eielstädt-Wittlage statt. Es waren abwechslungsreiche Tage u. a. mit Mitgliederversammlung, Empfang der auswärtigen Feuerwehren und Ausstellung diverser Fahrzeuge und Hersteller. Im August 2025 hatten wir den 51. Historischen Markt in Bad Essen. Rund 140 Aussteller zeigten traditionelles Handwerk von kulinarischen Spezialitäten wie Zwiebelbrot und Buttermilch bis hin zu historischen Gewändern und Tüchern.

Der SPD-Bürgermeister von Bad Essen ist sehr beliebt und hat seine erneute Kandidatur für die Kommunalwahlen 2026 angekündigt. Ich plane ebenfalls meine Kandidatur als Gemeinderatsmitglied von Bündnis C und bin dabei, die nötigen Werbevorbereitungen zu treffen.

Gesellschaftlicher Stammtisch in Osnabrück

Der gesellschaftliche Stammtisch fand bisher viermal im Café der Heilsarmee Osnabrück statt, um mit Gästen über Bündnis C zu reden. Mit drei bis fünf Mitgliedern unserer Partei nahmen wir zu Gästen Kontakt auf, um mit ihnen über „Gott und die Welt“ und Bündnis C zu sprechen.

Im April war der Probelauf und dann alle zwei Monate im Juni, August und Oktober am Samstagnachmittag. Die Pastorin der Heilsarmee ist etwas zurückhaltend mit Politik und hat uns deshalb gebeten, in der Werbung nicht vom „politischen“, sondern vom „gesellschaftlichen“ Stammtisch zu sprechen. Aber es ist für sie in Ordnung, wenn wir mit den Gästen über Bündnis C sprechen und auch Flyer verteilen. Die Werbung für diese Aktion in drei Osnabrücker Zeitungen macht ein Mitglied außerhalb unseres Bundeslandes digital für uns. Wir konnten bisher nicht feststellen, inwieweit das Einbeziehen der Zeitungen wirksam war.

Wir kamen bei jedem der Stammtischtreffen mit Gästen über Bündnis C ins Gespräch: mit Gläubigen und Ungläubigen, mit einer Pastorenfrau aus einer afrikanischen Freikirche, mit einem Theologen und natürlich auch mit der Pastorin der Heilsarmee. Aber hier stoßen wir an unsere Grenzen: für eine Mitgliedschaft in Bündnis C konnten wir bisher niemanden gewinnen. Insofern sind meine Erwartungen bisher enttäuscht worden. Wir werden bei den weiteren Treffen beobachten, ob wir zu mehr Resultaten für Bündnis C kommen.

Der nächste gesellschaftliche Stammtisch findet am 13.12.2025 statt.

Hermann
Bohnenkamp

Kreisvorsitzender
Osnabrück
Stadt und Land



Erfahrungsbericht vom Marsch für das Leben am 20.9.2025 in Berlin

Dank des Engagements unseres Bündnis C-Mitglieds Bernd Gehring sind wir in aller Frühe am Morgen des 20. September vom Bahnhof Braunschweig mit einem vollbesetzten Kleinbus in Richtung Berlin aufgebrochen. Der Marsch für das Leben wird inzwischen neben Berlin auch in Köln, Zürich und im Frühjahr in München veranstaltet. Vor Corona in den Jahren 2018/19 haben sich ca. 8000 Menschen am Lebensmarsch beteiligt, dieses Jahr waren es etwa 4000 Teilnehmer: Junge, Alte, Menschen mit Einschränkungen, einige Rollstuhlfahrer, Christen aller Konfessionen und Ordensschwestern.

Ab 13 Uhr hatte sich in Berlin auf dem Bahnhofsvorplatz die Menge versammelt und es sprachen verschiedene Redner. Der Bundesverband Lebensrecht hatte an die Politik die Forderungen nach eindeutigen und offenen Statistiken über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gestellt sowie nach mehr Hilfen für ungewollt schwangere Frauen, um langfristig die Abtreibungen zu reduzieren. Darüber hinaus war die Botschaft zu vernehmen: Lebensrecht betrifft nicht ausschließlich das ungeborene Leben, sondern ist umfassender. Pflegenotstand, zu wenig Palliativpflege sowie aktive Sterbehilfe sind einige der Missstände, die den Lebensschutz aufweichen. Jeder Christ kann an seinem Platz für die Menschenwürde und für die Durch-

setzung des Lebensrechts eintreten und seine Verantwortung vor Gott und den Menschen wahrnehmen.

Initiativen zur Unterstützung des Lebensrechtes gibt es erfreulicherweise nicht nur in Deutschland, sondern, wie wir gehört haben, u. a. auch in Indien und in Frankreich. In Indien ist die strafrechtliche Verfolgung nach Vergewaltigungen sehr mangelhaft und bedarf dringend einer Reform. Die Vertreterin des Lebensschutzes berichtete überzeugend von einer Initiative von Frauen, die sexuelle Gewalt erfahren haben und in einer ihrer Einrichtungen Hilfe erfuhren. Auch in Frankreich gibt es Hilfezentren für junge schwangere Frauen mit ihren Kindern.

Das Thema Lebensschutz polarisiert. Es war gut zu erleben, dass die Vertreter des Bundesverbandes Lebensrecht in versöhnlicher Weise formulierten, dass sie nicht die Gräben vertiefen möchten. Ziel ist es vielmehr, die gegenseitigen Feindbilder aufzugeben und eine inhaltliche Aufarbeitung vorzunehmen. Am Straßenrand wurden Plakate mit Aufschriften gezeigt wie „Abtreibung verbieten ist töten“, „Keine Abtreibung bei Vergewaltigung. Wollt ihr das?“ Oder ganz radikal: „Gibt es noch den Exorzismus?“ Dagegen wurde in unserer Gruppe ein auffallend großes Plakat mit der Aufschrift gezeigt: „Als Jesus die Menge sah, weinte er, denn sie hatten keinen Frieden. Sie konnten es nicht sehen, es war ihnen verborgen.“

Der ca. 6 km lange Fußmarsch durch die Innenstadt von Berlin dauerte ca. 1,5 Stunden und war bei den sommerlichen Temperaturen für viele ältere Teilnehmer eine echte Herausforderung. Den Abschluss bildete ein gemeinsames Gebet auf dem Bahnhofsvorplatz und die Erteilung des Reisesegens. Schon jetzt wurde auf die Veranstaltung in einem Jahr in Berlin am 19. September 2026 hingewiesen mit der Einladung an alle Teilnehmer, wieder dabei zu sein. Auch neue Teilnehmer sind natürlich herzlich willkommen, denn je größer die Gruppe ist, desto mehr Aufsehen erregt sie.



Annegret
Spilker

Beisitzerin
Landesvorstand
Niedersachsen

Hessen

Landesparteitag in Hessen

Am 25. Oktober 2025 fand in der Jesus Haus Gemeinde Fulda ein Sonderparteitag des Landesverbandes Hessen statt. Der Parteitag begann mit einer Andacht von Regina Ladner über das geistliche Gesetz von Saat und Ernte. Danach wurden die Formalien abgearbeitet: Protokoll des letzten Sonderparteitages, Anträge, Bericht und Entlastung des Landesvorstandes, bis es zur Wahl des neuen Landesvorsitzenden kam. Als einziger Kandidat stellte sich Alain Kaffo zur Wahl und wurde einstimmig zum Landesvorsitzenden gewählt.

Alain Kaffo ist seit 2020 Mitglied in Bündnis C. Bei der Kommunalwahl 2021 sorgten er und seine Familie dafür, dass Bündnis C eine Kandidatenliste für die Stadtverordnetenversammlung in Fulda aufstellen konnte und einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung errang. Alain Kaffo erhielt nach Holger Will die zweitmeisten Stimmen aller 27 Bündnis-C-Kandidaten. Nach Holger Wills Wegzug aus Fulda rückte Alain Kaffo nach und übernahm dessen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung.

Alain Kaffo war bereits 2024 als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt worden und war bei der letzten Landtagswahl Direktkandidat für den Wahlbezirk Fulda I. Mit seiner ruhigen und zielführenden Art ist er für uns als Landesvorsitzender eine ausgesprochen gute Wahl.

Es wurden außerdem Ricardo Veloso Martinez und Stefan Vouri als Beisitzer nachgewählt. Obwohl Stefan Vouri erst seit kurzem Mitglied in Bündnis C ist, wurde er einstimmig gewählt. Als Beisitzer bekommen die neuen Mitglieder Einblick in die Arbeit bei Bündnis C, man lernt sich kennen und sie werden motiviert, sich stärker in Bündnis C mit einzubringen.

Schon seit Jahren versuchte der Landesverband Hessen, ein Landesschiedsgericht zu wählen. Doch nie erklärten sich Mitglieder bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Oft war es mangelndes Fachwissen, das potenzielle Bewerber davon abhielt, sich der Aufgabe zu stellen. Auf diesem Parteitag hatten wir mit Hans Mohrmann endlich ein Mitglied, das bereit war, dieses Amt zu übernehmen. Hans Mohrmann ist Volljurist, der schon in einer anderen Partei Schiedsrichter. Wir sind sehr froh, dass wir mit ihm jemanden gefunden haben,



von links: Doris Mohrmann, Hans Mohrmann, Regina Ladner, Stefan Vouri, Alain Kaffo, Ludwig Grünert, Edith Hoffmeister, Reinhard Lehmann, Dieter Rühl, Ricardo Veloso Martinez (es fehlen Ute Staehling und Andrea Rehwald)

der sich kompetent und verantwortungsvoll der Aufgabe widmen kann. Als weitere Mitglieder für das Landesschiedsgericht stellten sich seine Ehefrau Doris Mohrmann und Regina Ladner zur Verfügung. Alle drei wurden einstimmig gewählt.

Im Anschluss wurden der neue Landesvorsitzende und mit ihm der gesamte Vorstand, die Delegierten und die Mitglieder des Schiedsgerichts gesegnet.

Am 15. März 2026 finden wieder Kommunalwahlen in Hessen statt. Zurzeit prüft der Vorstand in alle Richtungen, in welchen Kreisen, Städten oder Gemeinden eine Teilnahme an den Wahlen erfolgen kann. Obwohl wir mit 122 Mitgliedern der drittstärkste Landesverband von Bündnis C sind, wird dies leider nur begrenzt möglich sein, da uns weiterhin die notwendigen Mitglieder fehlen.



Dieter Rühl

Beisitzer
Landesvorstand
Hessen

Gründung Gemeindeverband Petersberg bei Fulda

In Bündnis C – Christen für Deutschland wurde am 10. Juli 2025 ein Gemeindeverband in Petersberg bei Fulda gegründet. Die mit 15 Teilnehmern gut besuchte Gründungsversammlung im Rathaussaal der Gemeinde wurde musikalisch umrahmt von dem Gitarrenduo Paul Alfons und Christa Büttner. Der Vorsitzende des Kreisverbandes Fulda Dr. Norbert Höhl eröffnete die Versammlung mit Gebet und einer Andacht über 2. Chronik 7,14: *„Wenn mein Volk, über das mein Name ausgerufen ist, sich demütigt und betet, mich sucht und von seinen schlechten Wegen umkehrt, dann höre ich es im Himmel. Ich verzeihe seine Sünde und bringe seinem Land Heilung.“*

Dr. Norbert Höhl berichtete zunächst über seine bisherigen Erfahrungen als Gemeindevertreter in Petersberg, u. a. zur verweigerten Neuauszählung der Stimmzettel für den Ortsbeirat Marbach (Bündnis C fehlten lediglich vier Stimmen für den Einzug in den Ortsbeirat), Auseinandersetzungen um die Anerkennung des von ihm gegründeten Heimatvereins „Speeketze“ Marbach e.V., bürgerfreundlichere Anbindung der Ortsteile an den öffentlichen Personennahverkehr, vernünftiger und preisgünstigere Lösung der Radwegeanbindung Marbach-Nord, abgelehnter Erwerb des leerstehenden Pfarrhauses in Marbach sowie die verweigte Anmietung von Räumen für lokale Vereinsaktivitäten. Darüber hinaus erläuterte er die Perspektiven für die weitere politische Arbeit in der Gemeinde Petersberg.

Nach einer kurzen Diskussions- und Fragerunde beschloss die Versammlung einstimmig die Gründung eines Gemeindeverbandes von Bündnis C in Petersberg. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Norbert Höhl gewählt, zu seinem Stellvertreter Bernhard Longerich, als Schatzmeisterin Stephanie Höhl und als Beisitzerin Mechthild Kienle. In einer Gebetsgemeinschaft wurde der neue Vorstand gesegnet.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass der Gemeindeverband durch regelmäßige Gebets- und Informationstreffen in allen Ortsteilen verstärkt die Anliegen der Bürger aufgreifen und als Partei von engagierten Christen seine geistliche Aufgabe in Petersberg wahrnehmen soll gemäß dem Bibelwort *„Suchet das Beste für eure Stadt und betet für sie zu Gott, denn in ihrem Wohl liegt euer Wohl.“* (Jeremia 29,7)



Vorstand Petersberg, von links: Dr. Norbert Höhl, Stephanie Höhl, Mechthild Kienle, Bernhard Longerich

Bisher fanden die folgenden Ortstermine statt:

- 20.07.2025 an der Liobakirche in Petersberg
- 03.08.2025 auf dem Werthesberg bei Steinhaus
- 17.08.2025 vor dem Pfarrhaus in Marbach
- 31.08.2025 an der Pfarrkirche in Margrethenhaun
- 14.09.2025 am Wasserspielplatz in Steinau
- 28.09.2025 an der Pfarrkirche in Almendorf
- 01.10.2025 Vortrag „Tatort Klima – kritische Fragen unerwünscht“ mit Dipl.-Ing. Helmut Seifert im Rathaussaal der Gemeinde Petersberg
- 19.10.2025 am Bürgerhaus in Götzenhof
- 26.10.2025 vor dem Pfarrhaus in Marbach
- 09.11.2025 Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht in Fulda
- 16.11.2025 an der Rabanus-Maurus-Kirche in Petersberg



Dr. Norbert Höhl

Vorsitzender
Gemeindeverband
Petersberg

Baden-Württemberg

Neuer Landesvorstand gewählt

Am 25. Oktober 2025 war der Landesverband Baden-Württemberg wie in jedem Jahr zum Landesparteitag eingeladen. 22 Mitglieder und einige Gäste folgten dieser Einladung. Nach einem gemütlichen Ankommen bei Kaffee und Butterbrezeln startete der Parteitag pünktlich um 10 Uhr mit einem Impuls von Christoph Riedel aus Pfalzgrafenweiler. Anhand der Bibelstelle aus Lukas 10 stellte er die heutige Herausforderung in unserer Gesellschaft und Gemeindelandschaft dar. Er beschrieb, welche Strategie Jesus den 72 Jüngern mit auf ihren Weg gab, was diese heute für unsere Parteiarbeit bedeutet und wie wichtig es ist, die Herausforderung anzunehmen, im Vertrauen auf unseren Herrn Jesus Christus.

Nach einem gemeinsamen Gebet begann der offizielle Parteitag mit einigen Formalien, dem Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes, erstellt und vorgetragen vom Landesvorsitzenden Jürgen Graalfs, sowie dem Bericht des Schatzmeisters und der Kassenprüfer. Nach einer kurzen Aussprache konnte der Vorstand gesamthaft durch die anwesenden Mitglieder entlastet werden.

Auf der Tagesordnung stand natürlich die Landtagswahl 2026 mit all ihren Herausforderungen. Zurzeit fehlen noch etwa 300 Unterstützerunterschriften. Am 08.12.2025 wollen wir alle Unterlagen mit den 2000

Unterschriften für unsere Landesliste abgeben. Dr. Rainer Simon stellte einige Zahlen und Fakten vor, die zeigen, wie unbegründet die vielfach geäußerte Angst vor der «verlorenen Stimme» ist. Diese Sicht ist in Anbetracht der nach aktuellen Umfragen zu erwartenden Wahlergebnisse nicht haltbar und sogar falsch.

Jürgen Graalfs wies zudem darauf hin, wie wichtig es für Christen ist, nicht das «kleinste Übel» zu wählen. Wählen muss man nach dem Gewissen und nicht nach Kalkül. Gerade Christen sollten darauf achten, ihrem Gewissen treu zu bleiben, auch wenn dies zu unterschiedlichen Wahlentscheidungen führen kann. Aber Kalkül ist in unserer Verantwortung vor Gott der falsche Motivator.

Ein Schwerpunkt des Parteitages war die Wahl des neuen Landesvorstandes. Leider schieden ein paar sehr engagierte und tragende Mitglieder des Vorstands aus unterschiedlichen Gründen wie Arbeitsbelastung und Gesundheit aus. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich für die treue und freundschaftliche Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren bedanken.

Unser Dank geht an Andreas Haller als bisherigem Stellvertretenden Vorsitzenden sowie an Jonas Mackwitz und Michael Perrass als Beisitzer. Wir wünschen Euch von Herzen Gottes reichen Segen für Euren Dienst und für Eure Zukunft.

Als neuer Landesvorstand wurden gewählt:

- Jürgen Graalfs (Vorsitzender)
- Dr. Rainer Simon (Stellvertretender Vorsitzender)
- Norbert Giessler (Schatzmeister)
- Stephan Süss-Bartilucci (Beisitzer)
- Christoph Riedel (Beisitzer)
- Mike Kriegelstein (Beisitzer)

Wir wünschen dem neuen Vorstand Gottes Segen und viel Freude in diesem Dienst für den Landesverband und für unser Land Baden-Württemberg.



von links: C. Riedel, Dr. R. Simon, S. Süss-Bartilucci, J. Graalfs, M. Kriegelstein, N. Giessler



Jürgen Graalfs

Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Sachsen

Dreifreistaatentreffen Sachsen, Thüringen und Bayern

Bündnis C feiert 10 Jahre Jubiläum: Der sächsische Landesverband lud gemeinsam mit dem bayerischen Nachbarverband und Thüringen am 13. September 2025 zum Dreifreistaatentreffen nach Oelsnitz im Vogtland ein. 24 Mitglieder und Gäste kamen in die Katharinenkirche, die für Veranstaltungen verschiedenster Art offensteht.

Sachsen und Bayern waren gut vertreten und eine Teilnehmerin aus Thüringen. Los ging es mit einem Imbiss, wobei man sich untereinander besser kennenlernte. Anschließend begrüßte der Landesvorsitzende aus Sachsen Thomas Lamowski die Anwesenden. Nach einer Andacht von Pfarrer Andres Türpe folgte ein Impulsvortrag unserer (damals noch) Bundesvorsitzenden Karin Heepen. Sie blickte zurück auf 10 Jahre Bündnis C und die aktuellen Entwicklungen in Deutschland, warum christdemokratische Politik und ein christlicher Wertekompass ohne das biblische Fundament erodieren und zur Beute anderer Ideologien werden. Wir kämpfen in Bündnis C nicht gegen Sozialismus oder Konservatismus, sondern für die Würde und Freiheit des Menschen. Maßstab für unser

politisches Engagement ist nicht Besserwissen, sondern Bessermachen, beginnend mit kommunalem Engagement und einem beziehungsorientierten Politikan-satz, um die nächste Generation zu gewinnen.

Es folgten weitere Sprecher mit Berichten aus den sächsischen



und bayerischen Landesverbänden und einem Blick nach Thüringen, wo ein Verband in Gründung ist. Statt der ursprünglich geplanten Gruppenarbeit schloss sich eine Diskussion im Plenum an zu den angesprochenen Themen. Die meisten der Teilnehmer empfanden besonders den Austausch und die persönliche Begegnung untereinander als sehr ermutigend.

Nach dem offiziellen Ende der Bündnis C-Veranstaltung war ab 16:30 Uhr zum Filmabend eingeladen. Die Sächsischen Israelfreunde zeigten die aktualisierte Version eines Filmes über die israelischen Siedler in Judäa und Samaria mit dem Titel „Wir sind noch nicht fertig“. Er wurde von Wilfried Gotter, dem langjährigen Vorsitzenden der Sächsischen Israelfreunde vorgestellt. Der Saal füllte sich bis auf den letzten Platz mit über 40 weiteren Gästen, die auf diese Weise zum Teil erstmalig von Bündnis C hörten. Das zeigt, wie wichtig vielen eine ausgewogene Sichtweise auf Israel ist, weil viele unserer Medien die Wirklichkeit in Nahost verzerrt wiedergeben. Der Film kann vom sächsischen Landesverband ausgeliehen werden, der die Vorführerlaubnis dafür inklusive hat.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitgliedern und Freunden, die tatkräftig unser Jubiläum mit vorbereitet, Kuchen beige-steuert und die Veranstaltung möglich gemacht haben!

*Thomas Lamowski, Landesvorsitzender Sachsen
Matthias Thümmel, Landesverband Bayern
Eva Vieweg, Landesschatzmeisterin Sachsen*



Rheinland-Pfalz

Mein Eindruck vom Bundesparteitag 2025 in Eisenach

Der Parteitag, gestartet am Reformationstag zu Füßen der Wartburg, war in meinen Augen ein voller Erfolg. Er endete friedlich am Samstagabend mit einem beruhigenden Ergebnis für einen funktionierenden Bundesvorstand. Es gab kleinere Unstimmigkeiten mit Landesvorständen. Aber dafür gibt es den gewählten Bundesvorstand, der regelt, wenn jemand über das Ziel hinausschießt.

Uns eint der Wunsch, die christliche Botschaft weiterzusagen, nur müssen wir unterscheiden zwischen kirchlicher Gemeindegemeinschaft und der Verantwortung für Politik und Gemeinwesen. Für uns als Partei geht es darum, klar verständliche und biblisch fundierte Positionen in die Stadträte, Kommunalpolitik und Parlamente zu tragen. Dies muss gut durchdacht und weise umgesetzt werden, und dazu wurde bereits hervorragende Arbeit geleistet. Einheit ist die entscheidende Grundlage für unseren Erfolg, wie Jesus in Johannes 17,20 betont. Wir haben einen klaren Auftrag!

Besonders eindrücklich fand ich Fritz Wohlfarths Vortrag über eine „Wirtschaft mit Herz“. Es geht um eine Wirtschaft mit sozialer Verantwortung, um „Wohlfahrt“ für die Allgemeinheit, und nicht nur Wohlstand durch Gewinnmaximierung auf Kosten der Schwächeren und der Umwelt. Mitverantwortung zu fördern, gerechter Lohn, Nachhaltigkeit und ökonomische Vernunft sollen Vorrang haben. Für kleine und mittelständische Unternehmen politische Lösungen anzubieten, war ein wichtiger Hinweis für unsere Arbeit. Das ausgelegte Buch „Gerechte Wirtschaft in Zeiten globaler Krisen“¹ hat mich zusätzlich inspiriert. Es trifft den Kern unserer Anliegen und ist absolut lesenswert!

Ebenfalls diskutiert wurde ein Antrag zur Plakatwerbung. Mein Vorschlag ist, dass der Bundesvorstand dazu eine Arbeitsgruppe bildet mit dem Ziel, prägnante Sätze und Slogans zu erarbeiten, die unsere politische Agenda vermitteln. Ein Vorschlag, den ich sehr tief Sinnig fand: „Veränderung braucht ein Kreuz!“ Einfach und brillant!

Die Wahl von Karin Heepen zur Generalsekretärin ist ein echter Gewinn. Mit ihrem klaren Kurs, den aufgebauten Beziehungen und ihrer langjährigen Erfahrung wird sie eine wertvolle Stütze für den neuen Vorstand unter Sven Pilz sein. Mein Dank und Gottes Segen an alle Gewählten. Jesus ist unser Chef, Er ist mit uns!

Wir sammeln Unterstützerunterschriften für die Landtagswahl

Als Bundesland im Aufbau, in dem ich Bündnis C als neuer Landesvorsitzender dienen darf, müssen wir noch viel lernen, zusammenfinden und weiterentwickeln. Zurzeit sammeln wir Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl am 22. März 2026. Ob wir die erforderliche Menge mit unserer derzeitigen personellen und ehrenamtlichen Kapazität schaffen, kann ich noch nicht sehen. Bis zum 06.01.2026 müssen alle Unterlagen beim Landeswahlleiter eingereicht sein. Ich hoffe auf Unterstützung von christlichen Gemeinden, die uns zuhören und unterschreiben. Ich bitte daher um Gebet für unsere Arbeit hier!

Ich freue mich über Anregungen aus anderen Bundesländern. In unserem Bundesland sind kleinere Betriebe in den Dörfern und Städten, im Handwerk, der Landwirtschaft und im Weinbau der Motor unserer Wirtschaft. Um unsere Arbeit zu entwickeln, brauchen wir dafür zeitgerechte Themen und Lösungen mit einem biblisch fundierten Ansatz. Wir arbeiten daran.

Herzliche Grüße und Dank aus dem schönen Hunsrück mit meinem Lieblingsspruch: Gott schütze Rheinland-Pfalz!

Eckhard Braun

Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz



¹ Plutschinski, Timo, Hrsg. 2025. Gerechte Wirtschaft in Zeiten globaler Krisen. Bd. 2. Sallux Stiftung. Karlsruhe: Verlag für Christdemokratie und Politik. Das Buch kann über den Buchhandel bezogen werden.

Auflösung Bezirksverband Nordost

Ende September fand der diesjährige Bezirksparteitag des Bezirkes Nordost statt. Die Mitglieder trafen sich in Nisterau bei Bad Marienberg im Westerwald.

Jörg Wallmeroth hielt zuerst ein Kurzreferat zum neuen Bestattungsgesetz, das in Rheinland-Pfalz eingeführt wird. Es ist das mit Abstand liberalste Gesetz in Deutschland dazu und erlaubt zahlreiche neue Bestattungsformen. Von der Bibel her sehen wir allerdings die Erdbestattung als vom Schöpfer vorgesehene Form, um den Leib der Erde zurückzugeben. In dem neuen Gesetz wird auch dem Gedenken von "Sternenkindern" Raum gegeben.

Auf der Tagesordnung stand weiter die Neuwahl des Bezirksvorstandes. Es kristallisierte sich heraus, dass kein Mitglied mehr bereit war, ein Vorstandsamt zu übernehmen. Die treuen Mitglieder sind an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gekommen. Schmerzen und gesundheitliche Einschränkungen, die aufwendige Pflege naher Angehöriger und anspruchsvolle Anforderungen im Beruf sind die Gründe, dass der Bezirksverband Nordost mit einstimmigem Votum aufgelöst wurde. Es ist schmerzlich, aber den Gegebenheiten geschuldet. So endet die Arbeit in einem Verband, der seit der früheren PBC-Zeit hier im nördlichen Rheinland-Pfalz aktiv war.

Die Mitglieder waren sich aber einig, den bewährten Gebetskreis in Nordost als Freundeskreis weiterzuführen. Ein erstes Freundes- und Gebetstreffen fand bereits nach der Auflösung statt. Wir profitieren von der intensiven Gemeinschaft und dem persönlichen Gebet für den Einzelnen in seiner oft nicht leichten Lebenslage.

Wir sind nicht aus der Partei ausgestiegen, sind aber jetzt auf einem anderen Weg in Bündnis C unterwegs ohne eine formale Verbandsstruktur, aber weiter aktiv als Mitglieder in Bündnis C.

Volker Giese

Landesverband
Rheinland-Pfalz
Nord-Ost



Bayern

Wir sind in Bewegung

In den vergangenen Monaten haben wir uns im Vorstand intensiv mit unserer Öffentlichkeitsarbeit auseinandergesetzt und überlegt, wie wir uns zukünftig besser positionieren können. Unsere Facebook-Seite und unser Instagram-Kanal werden regelmäßig mit Reels und Beiträgen bespielt.

Besonders würden wir uns freuen, wenn auch andere Mitglieder aktiv mithelfen, sei es durch Kommentare oder Likes. Jeder Beitrag trägt dazu bei, unsere Sichtbarkeit zu erhöhen. Es ist bereits gelungen, einige positive Effekte zu erzielen: So zeigt sich beispielsweise ein Anstieg der Klickzahlen auf der Webseite von Bayern. Dieses Momentum wollen wir in den kommenden Monaten weiter ausbauen und unser Auftreten noch professioneller gestalten.

Wenn du Ideen hast oder dich aktiv einbringen möchtest, melde dich gerne bei verena.thuemmel@buendnis-c.de. Jeder Beitrag ist eine Unterstützung – auch, wenn du gerne Reels erstellst!

Am 28.02.2026 findet zudem unser Landesparteitag in Ingolstadt statt, bei dem ein neuer Landesvorstand gewählt wird. Einige aktuelle Vorstandsmitglieder treten nicht zur Wiederwahl an, da sie in den Bundesvorstand berufen wurden. Wir freuen uns über jedes neue Mitglied und insbesondere über alle, die sich mehr engagieren und aktiv einbringen möchten.

Verena
Thümmel

Landesschatz-
meisterin
Bayern



Deutschland – unser Land in der Zerreißprobe

Vor einiger Zeit gab es in den sozialen Medien ein interessantes Gedankenexperiment. Dabei stellte jemand einem KI-Tool eine brisante Frage: Wenn Du der Teufel wärst, wie würdest Du den Verstand der folgenden Generationen vergiften? Und fast alle Tools gaben mit einigen Abweichungen sinngemäß ähnliche, sehr verstörende Antworten.¹

Im Folgenden gebe ich zusammenfassend wieder, was mir ChatGPT geantwortet hat, als ich diese Frage eingab.

Wolle man das genannte Ziel erreichen, dann müsse man

1. **Werte relativieren** und dafür sorgen, dass es keine objektiven Wahrheiten mehr gäbe.
2. **Ablenkung kultivieren** und damit dafür sorgen, dass eine stets unruhige Gesellschaft keine Zeit mehr zum Reflektieren fände.
3. **Identitäten fragmentieren**, das heißt, sich und andere über oberflächliche Symbole wie Status oder Likes definieren, anstatt den Charakter oder die Beziehungsfähigkeit zu betrachten. Gleichzeitig müsse man Spaltung und Identitätssucht fördern, um Gemeinsamkeiten zu eliminieren.
4. **Spiritualität** als veraltet oder irrational **lächerlich machen**, um die Menschen weiter auf Abstand zum Tiefgang zu halten.
5. **Angst statt Liebe** säen, den Menschen das Gefühl geben, dass nichts je genug sei.
6. Die **Sprache zerstören**, indem Wörter wie Liebe, Wahrheit oder Freiheit ausgehöhlt und oberflächlich umgedeutet würden und indem **Euphemismen** Einzug hielten. Statt Orientierungslosigkeit würde man es Offenheit, statt Beliebigkeit Toleranz nennen.
7. **Bildung umbauen**, indem man nicht lehrt, wie man denkt, sondern was gedacht werden soll. Man müsse **Erkenntnis durch Meinung ersetzen**.
8. **Emotion über Logik, Gefühl über Fakt** setzen, um allenthalben Kränkungen zu platzieren und Kritik als Angriff umzudeuten.

9. **Technologie** wie KIs oder virtuelle Welten als **Ersatz für Beziehungen** implementieren.

So weit, so schlecht. Es fällt sicher kaum jemandem schwer, in dieser ziemlich umfassenden Analyse der Algorithmen die Komponenten zu erkennen, die seit Jahrzehnten auf unsere Gesellschaft einwirken und diese nun an den Rand des Zerbruchs geführt haben. Die Zerstörung reicht tief an die Wurzeln unseres Systems und scheint Deutschland zu einem hoffnungslosen Fall zu machen.

Was könnte das Ruder noch herumreißen? Bei der Betrachtung der oben beschriebenen Strategien fällt schnell auf, dass sie inhaltsmäßig im diametralen Gegensatz zu Gottes Wort stehen.

Regeln sind in einer Zeit der Regellosigkeit ein absolutes Tabu und garantieren doch allein für ein friedvolles, faires und entspanntes Miteinander. Identität stellt sich heute volatil und stimmungsabhängig dar und ist in Gottes Plan doch fest beschrieben und verankert, weil nur so unser Dasein Sicherheit und Orientierung gewinnt. Worte, heute entwertet und verzerrt, sind von Gott her als Fundament unseres Lebens gedacht. Sie binden und lösen, sie segnen und verdammen, sie sind die Basis der Schöpfung selbst.

Übermäßige Gefühligkeit und das konstante Abnehmen von Logik und faktenbasiertem Denken befördern gekränkten Egoismus, der in Einsamkeit mündet. Aus dem permanenten Gefühl von Bedrohung und Unsicherheit entstehen Misstrauen, Hass und Ablehnung: Unehrlichkeit und Bemäntelungen jeder Art in Politik und Presse tragen dazu bei, diese Tendenz noch zu verstärken.

Können wir als kleine Partei, als eine winzige Gruppe Christen, dem überhaupt noch etwas entgegensetzen?

Ich meine, das können wir.

Unsere Aufgabe ist es, unser Dasein jederzeit und in allen Facetten hundertprozentig dem Wort Gottes zu unterstellen und so unseren Mitmenschen den Unterschied zum gesellschaftlichen Status Quo aufzuzeigen. Unser Ja ist ein verlässliches Ja, unser Nein ein Nein. Wir nehmen Abstand von jeder Lüge; mag sie auch noch so klein und willkommen erscheinen, und zeigen unserem Land, wie heilsam es sein kann, in Beziehungen zu leben, in denen Vertrauen möglich ist.

¹ Ein Beispiel findet man hier: https://www.instagram.com/reel/Dlsv0ZBtFFc/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=NTc4MTIwNjQ2YQ==



Wir stehen zu dem Familien- und Menschenbild, das die Bibel uns aufzeigt, auch wenn wir dafür als ewig gestrig belächelt werden. Wir folgen dem Beispiel unseres Herrn, gehen zu denen, die Hilfe benötigen, leihen denen eine Stimme, die keine Stimme haben, streiten für Gerechtigkeit für die, die unter ihren Lasten zusammenbrechen.

Was bedeutet das weiterführend für unsere Parteiarbeit?

Transparenz und Offenlegung aller Fakten müssen unsere Wahlkämpfe und Gespräche bestimmen. Gute Recherche in Wissenschaft und Bibel ist dabei entscheidend, damit das, was wir sagen, belegbar wird und so den Grundstein neuen Vertrauens bildet.

Wir sind aufgerufen, in sachbezogenen Kontexten auf faire, wertschätzende Art mit allen anderen Parteien umzugehen und als Friedensstifter zu fungieren. Dies gilt in noch stärkerem Maße für das Miteinander innerhalb unserer eigenen Verbände.

In einer Zeit, die sich den Medien verschrieben hat, ist unsere konstante Präsenz von größter Bedeutung. Dabei nutzen wir diese Medien, legen aber noch höheren Wert auf persönliche Begegnungen in unserem nahen Umfeld und den Orten, an denen wir zu Hause sind. In all diesen Bereichen unsere Inhalte und Überzeugungen nicht nur zu benennen, sondern sie wirklich zu le-

ben, wird auf lange Sicht Überzeugungskraft entfalten und auch uns selbst wahrnehmungsfähiger für die Bedürfnisse unserer Mitbürger machen.

Darum wird man uns auch immer wieder auf der Straße antreffen, um dort mit den Menschen zu reden, die in der großen Politik nicht auf einen Anwalt hoffen dürfen, um ihnen Hilfen anzubieten und ihre Themen in den Dialog zu tragen.

Wenn wir überzeugen wollen, um dieser Gesellschaft neue Hoffnung zu schenken und einen Wandel zu bewirken, dann ist der Schlüssel dazu unser anhaltendes

Gebet und ein authentisches, dem Mitmenschen zugewandtes Leben. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen Privatleben und politischem Engagement.

„Ihr seid das Salz der Erde“, sagt Jesus uns in Matthäus 5,13. Wir alle wissen, dass schon winzige Mengen Salz ausreichen, um ein geschmackloses Gericht in ein leckeres Essen zu verwandeln. Lassen wir uns also nicht von unserer geringen Größe entmutigen. Mit Gottes Hilfe können wir den Unterschied machen. Lasst uns alle Kraft daransetzen, die uns zur Verfügung steht: nicht für den Triumph des Sieges, nicht für das Gefühl, es endlich geschafft zu haben. Tun wir es für die Menschen in Deutschland, die gerade in Hoffnungslosigkeit versinken und oft keinen Ausweg mehr sehen.

Gott schütze unser Land.



Gudrun Flindt

Beisitzerin im
Bundesvorstand

Die Wahl des New Yorker Bürgermeisters

Ein Weckruf für Europa

Die jüngste Bürgermeisterwahl in New York hat weltweit Aufmerksamkeit erregt:

Zohran Mamdani, 34 Jahre alt, Sohn ugandisch-indischer Einwanderer und bekennender Sozialist, wurde zum Bürgermeister einer der einflussreichsten Städte der Welt gewählt. Sein Sieg symbolisiert einen gesellschaftlichen Wandel, der über Amerika hinausreicht – einen Wandel, der auch Europa betrifft.

Für uns Christen in Europa ist diese Wahl ein Zeichen, das aufmerksam machen sollte. Wenn politische und kulturelle Strömungen zunehmend von säkularen oder nicht-christlichen Weltbildern geprägt werden, stellt sich die Frage: Welche Rolle spielen die christlichen Werte, die unsere Gesellschaft über Jahrhunderte getragen haben?

Eine Demokratie kann nur dann frei bleiben, wenn sie ihre geistlichen Wurzeln nicht vergisst. Ich selbst kam aus dem Iran nach Deutschland, fand hier Schutz und im Glauben an Christus eine neue Heimat. Gerade deshalb sehe ich: Integration bedeutet nicht, die eigene Identität aufzugeben, sondern sie im Licht des Glaubens und der Verantwortung zu leben. Migration darf nicht zu einem kulturellen Selbstverlust führen – weder für die Ankommenden noch für die Gesellschaft, die aufnimmt.

Mamdani spricht von sozialer Gerechtigkeit, aber Gerechtigkeit ohne Wahrheit bleibt leer. Wir Christen wissen: Freiheit, Menschenwürde und Mitmenschlichkeit haben ihren Ursprung im christlichen Glauben – nicht in politischen Ideologien.

Europa muss seine geistige Grundlage erneuern, sonst verliert es seine Orientierung. Wir erleben heute, wie säkulare und ideologisch geprägte Kräfte den öffentlichen Raum füllen, während die christliche Stimme leiser wird. Doch Schweigen ist keine Option mehr. Wir brauchen Christen, die ihre Überzeugung mutig vertreten – im Parlament, in der Gesellschaft und auf der Straße.

Jetzt ist die Zeit zum Handeln

Seit über zehn Jahren steht Bündnis C für christliche Werte, aber wir dürfen uns nicht länger mit Stillstand

zufriedengeben. Unsere Gesellschaft verändert sich rasant – kulturell, moralisch und spirituell.

Wenn wir jetzt nicht aufstehen, verlieren wir das, was Europa über Jahrhunderte geprägt hat: den Glauben an Christus als Fundament der Freiheit. Wir brauchen eine klare, wertorientierte Politik, die den Mut hat, christliche Wahrheit auszusprechen, die sich für Familie, Leben, Verantwortung und Glaubensfreiheit einsetzt. Nicht gegen andere, sondern für das, was uns trägt.

Bündnis C muss mehr sein als eine Partei – es soll eine Bewegung werden: eine Bewegung des Glaubens, der Vernunft und des Gewissens. Jetzt ist die Zeit, aufzustehen – für Wahrheit, Hoffnung und eine Politik, die dem Menschen dient und nicht der Macht.



Sozialist und Antizionist

Zohran Mamdani ist als Sozialist nicht nur Bürgermeister über das weltweit führende Finanz- und Fintech-Zentrum, die größte Metropolregion der Welt und den Sitz der beiden größten Börsen der Welt: die New York Stock Exchange und die Nasdaq. New York City beherbergt mit 12 % der Bevölkerung auch die größte jüdische Gemeinde außerhalb Israels weltweit. Im Jahr 2023 lebten über 960 000 Juden in New York City und über 1,9 Millionen Juden im Großraum New York – etwa 25 % der gesamten amerikanischen jüdischen Bevölkerung. Das Judentum ist die zweitgrößte Religion in New York City.

Amerika war im 19. und 20. Jahrhundert Zufluchtsort für Millionen verfolgter und vertriebener Juden aus Europa und dem Nahen Osten. Antisemitismus schien



Eine der größten Synagogen der Welt: Der Temple Emanu-El in New York City

sie nicht mehr zu treffen – bis zum 7. Oktober 2023. Bereits davor grassierte an amerikanischen Universitäten die von Katar maßgeblich gesponserte Israel-feindlichkeit. Mit dem Hamas-Terrorangriff auf Israel wurde der latente Judenhass weltweit an die Oberfläche gespült. Die Wahl eines Bürgermeisters in New York, der seinen palästinensisch-islamistischen Hintergrund mit einem sozialistischen Wirtschaftsprogramm verbindet, stellt das gesamte amerikanische Werteverständnis, seine liberale Verfassung und Welt-offenheit in Frage.

Mamdani sieht den politischen Islam und dschihadistischen Terror als Gegenbewegung gegen die westliche Welt und einen US-Imperialismus. Die Forderungen von Unterstützergruppen Mamdanis wie der DSA Anti-War Working Group beinhalten Sanktionen gegen Banken, Unternehmen, Immobilienmakler, Wohltätigkeitsvereine und Einzelhandel in New York, die in irgendeiner Weise Geschäfts- oder sonstige Beziehungen zu Israel pflegen. Er selbst war Mitbegründer der radikal antiisraelischen Studentengruppe „Students for Justice in Palestine“ und bekennt sich offen zur Unterstützung des palästinensischen Hamas-Widerstands und der BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel). Im Falle seiner Wahl zum Bürgermeister erklärte Mamdani,

Premierminister Benjamin Netanjahu zu verhaften, sollte dieser New York besuchen.

Mamdani setzt sich öffentlich für einen Boykott Israels und den Abbruch aller Beziehungen zwischen NYC und dem jüdischen Staat ein. Er unterstützt die antisemitischen Mobs an den New Yorker Universitäten und verunsichert damit gezielt die jüdische Gemeinde. Mehr als 700 Rabbiner unterzeichneten vor den Wahlen einen Brief mit der Aufforderung an die Wähler, sich für Kandidaten einzusetzen, die antisemitische und antizionistische Rhetorik ablehnen und für das Recht der Juden wie auch Israels auf ein Leben in Frieden und Sicherheit stehen. Die Wahl Mamdanis versetzt die Juden in New York in eine Lage, die in der modernen amerikanischen Geschichte beispiellos ist. Parolen wie "Globalisiert die Intifada" bleiben bereits jetzt auf New Yorks Straßen häufig ungesühnt. Der Antisemitismus epidemischen Ausmaßes, wo Juden bereits Ge-

waltverbrechen und massive Einschüchterung erfahren, wird damit zum Teil der politischen Kultur.

Mamdanis Verbindung von Sozialismus und Antisemitismus begegnen wir auch in Europa. Sie stellt für die Juden zuerst und für die gesamte westliche Gesellschaft die Bedrohung ihrer freiheitlichen Grundlagen dar. Jahrzehntlang haben die Bürgermeister von New York mit ihrer jüdischen Gemeinde gestanden und das jüdische Leben in der Stadt mitgefeiert. So wie New York City jahrzehntlang das Symbol globaler Freiheit war, werden in London, Brüssel und überall in Städten der westlichen Welt die Fundamente der Freiheit und insbesondere die der Juden erschüttert. Der israelische Diaspora-Minister Amichai Chikli rief die New Yorker Juden auf, ernsthaft über ihre Auswanderung nach Israel nachzudenken.

Unsere Aufgabe als Christen und als Partei ist es jetzt, in jeder möglichen und nötigen Weise unsere jüdischen Mitbürger zu unterstützen, antisemitischer und antiisraelischer Rhetorik entgegenzutreten und für den Schutz der jüdischen Gemeinden einzustehen. Sie sollen aus Deutschland nicht noch einmal vertrieben werden.

*Karin Heepen
Generalsekretärin*

Charlie Kirk: Ein Wendepunkt für Freiheit und Nachfolge

Unter dem Titel „Ein Vermächtnis bauen“ fand am 21. September 2025 die Gedenkfeier für Charlie Kirk im State Farm Stadion in Arizona statt mit US-Präsident Trump, Vizepräsident J.D. Vance, Außenminister Marco Rubio, weiteren Repräsentanten des Weißen Hauses und 63 000 Gästen aus Politik, Kirchen und seiner Organisation „Turning Point USA“. Während die deutsche Tagesschau Charlie Kirk als rechtsradikalen Aktivist verunglimpft, zeichnete die Gedenkfeier das Bild eines passionierten jungen Mannes, dessen Engagement für Freiheit und Wahrheit in der Hingabe seines Lebens an Jesus Christus gegründet war.

Die Gedenkfeier für Charlie Kirk war weniger ein politischer Aufruf als eine evangelistische Veranstaltung. Seine Ermordung hat weit über Amerika hinaus Schlagzeilen gemacht. Sie hat für Entsetzen gesorgt über einen politisch motivierten Mord und für Jubel bei denen, die seine Auslöschung herbeigewünscht haben, weil sie ihm nicht gewachsen waren. In seinem Format „Prove me wrong“ lud Kirk regelmäßig seine politischen Gegner zum Dialog ein, weil Meinungs- und Redefreiheit genau das fordern und weil Demokratie vom Diskurs um die besten Argumente lebt. Er sprach mit seinen Gegnern respektvoll und hörte ihnen zu, weil er sie als Menschen achtete, und nahm dafür regelmäßig üble Beschimpfungen und Verachtung in Kauf. Er gab Zeugnis von seinem christlichen Glauben, aus dem er die Liebe, den Mut und den Antrieb für seine Bewegung bezog. „Wir sollten dankbar sein, in diesem Land zu leben, nicht ärgerlich!“ war sein Ruf an die junge Generation in Amerika, die er wie kein anderer in den letzten 10 Jahren motivierte, ihr Land zu lieben und für Freiheit und Wahrheit zu kämpfen. Inmitten der aggressiven kulturmarxistischen Indoktrination an den Universitäten stellte er sich der Diskussion um Familie, Nation, Lebensschutz und konservative Werte und versuchte als brillanter Apologet seine Gegner zu gewinnen.

Charlie Kirk wurde das Opfer politischen Hasses, wo unsere Demokratien den Grundsatz verlassen haben, dass der politische Gegner nie zum Feind werden darf. Die deutschen Medien, die ihn als Faschist, Rassist, Sexist, ... verleumden, stellen dagegen einmal mehr sich selbst ein Armutszeugnis aus mit ihrer ideologischen Feindseligkeit gegen alles, was nicht in den Chor ihrer vorgegebenen Weltsicht einstimmt.



US-Präsident Trump würdigte Charlie Kirk in seiner fast 45-minütigen Rede als Christ, Familienvater, Patriot und Vorbild für seine Generation. Charlie hatte große Pläne für sein Land, aber Gott hatte offenbar noch größere mit ihm. Er sollte zum Schweigen gebracht werden, stattdessen stehen Millionen auf. Bereits jetzt wird Charlie Kirk von seinen Anhängern als Märtyrer gesehen, der für seine Überzeugungen und seinen Einfluss auf seine Generation sein Leben gelassen hat. Viele außerhalb Amerikas, die bisher noch nie von ihm gehört hatten, sehen seine Videos, machen sich inmitten des Mediengeschreis selbst ein Bild von ihm, was er gesagt hat und wie. In vielen Großstädten der westlichen Welt sind in der letzten Woche tausende junge Menschen auf die Straßen gegangen zum Gedenken an Charlie Kirk und trauern um ihn. Zu seinen Followern in den Sozialen Medien sind seit seiner Ermordung Millionen hinzugekommen. Und die Köpfe seiner Bewegung „Turning Point“ mit bereits vorher 450 Vollzeitmitarbeitern gaben bei der Gedenkfeier das Versprechen ab, Charlies Vermächtnis und dem Vermächtnis Jesu Christi würdig zu leben und es zu multiplizieren. In der Menge hielten tausende Teilnehmer Schilder mit dem Wort aus Jesaja 6,8 hoch: „Hier bin ich, Herr, sende mich!“.

Charlie Kirks Ermordung ist nicht das Ende, sondern der Ruf zu einer größeren Bewegung, die aus dem christlichen Glauben heraus die Politik ihres Landes prägen will. Vor unseren Augen scheint sich Johannes 12,24 zu erfüllen: „Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und erstirbt, bleibt es allein; wenn es aber erstirbt, bringt es viel Frucht.“ Viele christliche Märtyrer geben ihr Leben für ihren Glauben überall in der Welt. Charlie hat sich den Wortführern einer gesellschaftli-

chen Lobby gestellt, die immer repressiver jede andere Meinung zu diffamieren und zu unterdrücken versucht, und hat damit den Nerv der Zeit unserer westlichen Welt getroffen. Auch wenn man nicht mit jeder seiner Aussagen und politischen Positionen übereinstimmt, brauchen wir genau deshalb den Diskurs, den er geführt hat. Er gab ein Beispiel dafür, dass der christliche Glaube politisch ist, so wie die neomarxistische Linke antichristlich ist. Christlich fundierte Politik, wie wir sie in Bündnis C verfolgen, ist dabei nicht einfach konservativ oder nationalistisch, sondern stellt den Menschen in den Mittelpunkt, wie Gott ihn geschaffen hat, seine gottgegebene Würde, seine Freiheit in Verantwortung vor Gott und Menschen, seine Rechte und Pflichten für seinen Nächsten und das Gemeinwohl nach den Maßstäben, die uns in der Bibel gegeben sind. Wir sind berufen, in unserem Beruf, in den Parlamenten, in den Hochschulen, in Vereinen und überall in der Gesellschaft als christliche Apologeten den Diskurs zu führen. Dafür stehen seit der Ermordung von Charlie Kirk Millionen auf in den USA und weltweit.

Der bewegendste Moment der Gedenkfeier war, als Charlies Frau Erika, die bereits zur neuen CEO und Vorsitzenden von „Turning Point USA“ gewählt wurde, unter Tränen dem Mörder ihres Mannes vergab. Und sie fügte an: „Die Antwort auf Hass ist nicht Hass. Die Antwort, die wir aus dem Evangelium kennen, ist Liebe

und immer Liebe. Liebe zu unseren Feinden und Liebe zu denen, die uns verfolgen.“ Wir trauern mit seiner Frau, seinen beiden Kindern und seinen Freunden um den Verlust von Charlie Kirk. Die Gedenkfeier für ihn war keine Beerdigung, sondern ein Ruf vieler Nachfolger. Er kann zur Erweckung und zum Wendepunkt in Amerika und weit darüber hinaus werden, wenn er in Christus gegründet ist und der Ruf in Seine Nachfolge, wie ihn seine Witwe formulierte: „Entscheidet euch für das Gebet. Entscheidet euch für Mut. Entscheidet euch für Schönheit. Entscheidet euch für das Abenteuer. Entscheidet euch für Familie. Entscheidet euch für ein Leben im Glauben. Und am wichtigsten: Entscheidet euch für Christus.“ Lassen wir aus dem Verlust von Charlie Kirk tausendfach Frucht und Segen für unsere Nationen wachsen.



Karin Heepen

Generalsekretärin



Gebet vor dem Bundestag für die Bundestagswahl am 22. Februar 2025

Frieden für Israel und den Nahen Osten?

Die Geiseln sind frei. Während die UN-Vollversammlung zum jüdischen Neujahr versuchte, mit der Anerkennung eines palästinensischen Staates Israel zur Aufgabe seines Rechts auf Selbstverteidigung zu zwingen, wendete der 20-Punkte-Plan von US-Präsident Trump den Druck gegen die Hamas. Am Tag der Befreiung der israelischen Geiseln am 13. Oktober 2025 verkündete Trump in seiner Rede in der Knesset, dass nun mit der Umsetzung des Plans ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten anbrechen kann. Anschließend unterzeichneten in Sharm Al-Sheikh die Staatshäupter der USA, Ägyptens, der Türkei und Katars eine Friedenserklärung für den Gazastreifen. Dazu waren Staats- und Regierungschefs aus fast 30 Ländern angereist, unter anderem auch Bundeskanzler Merz, aber kein Vertreter Israels, der Hamas und aus dem Iran.

Bündnis C – Christen für Deutschland warnt vor einem falschen Frieden, der Israel langfristig allen Schutz nehmen könnte. Wir fordern von der Bundesregierung weiter die bedingungslose Unterstützung Israels, das Ende aller Appeasement-Politik gegen Terrorstaaten und keinerlei Zusagen für den Wiederaufbau Gazas, ehe die Hamas nicht vollständig entmachtet ist.

UN-Konferenz an Rosh Ha-Shana

Ende Juli 2025 stimmte die UN-Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit für die „New Yorker Erklärung“¹, gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, um den Krieg in Gaza zu beenden, eine gerechte, friedliche und dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage der wirksamen Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen und eine bessere Zukunft für Palästinenser, Israelis und alle Völker der Region aufzubauen.

Eine bereits im Juni von Frankreich und Saudi-Arabien geplante UN-Konferenz zu diesem Zweck war aufgrund des 12-Tage-Krieges Israels gegen den Iran abgesetzt worden. Sie begann nun am 22. September zu Rosh Ha-Shana, dem jüdischen Neujahrsfest, und fand während der zehn Tage der Ehrfurcht statt bis Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag. Während sich Juden in Israel und weltweit zu Beginn des neuen Jahres zu ihrem Gott hinwenden, wollten die

Vereinten Nationen das Schicksal Israels entscheiden. Großbritannien, Kanada und Australien verkündeten bereits vor Beginn der UN-Konferenz als erste westliche Wirtschaftsnationen die Anerkennung eines Palästinenserstaates, Frankreich und einige kleine europäische Staaten folgten. 157 Länder haben Palästina mittlerweile als Staat anerkannt, obwohl es völkerrechtlich weder die Kriterien eines Staatsvolkes, eines Staatsgebietes oder einer effektiven Staatsgewalt erfüllt. Bundesaußenminister Waidephul forderte von Israel den Beginn eines Zwei-Staaten-Prozesses mit den Palästinensern, obwohl beide Seiten dies ablehnen.

Die Voreingenommenheit der UN gegen Israel stellte die Vollversammlung zu Beginn der Rede des israelischen Premierministers Netanjahu am 26. September in New York unter Beweis, als etwa 100 Delegierte aus ca. 77 Mitgliedstaaten demonstrativ den Plenarsaal verließen, unter anderen die EU-Mitgliedstaaten Spanien, Irland und Slowenien. Der stellvertretende Versammlungsleiter forderte Ruhe, unternahm aber nichts gegen den Auszug. Die letztliche Verantwortung für diesen Verstoß gegen den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen und für diese beleidigende Missachtung Israels liegt bei der ehemaligen deutschen Außenministerin Annalena Baerbock als neuer Präsidentin der 80. Sitzungsperiode der UN-Generalversammlung. ECI-Gründungsdirektor Tomas Sandell bezeichnete es zurecht als diplomatisches Debakel für Baerbock und ihre historische Verantwortung als Deutsche, daran zu erinnern, dass die Vereinten Nationen auf den Trümmern des Holocaust errichtet wurden, aus denen auch der jüdische Staat wiedergeboren wurde. Dass Mitgliedstaaten sich weigern einander zuzuhören und stattdessen den Saal verlassen, verstößt gegen den Geist und den Wortlaut der UN-Charta. Premierminister Netanjahu verlas in seiner Rede die Namen aller noch in Gaza gefangengehaltenen Geiseln.

Der 20-Punkte-Plan

US-Präsident Donald Trump kritisierte die UN bei der Eröffnung der Generaldebatte für ihr Versagen, Frieden und Stabilität in der Welt zu schaffen und für ihre massive Korruption. Am 29. September legte er einen

¹ <https://docs.un.org/en/A/CONF.243/2025/1>

20-Punkte-Plan² für den Gazastreifen vor, der initial die Freilassung der verbliebenen israelischen Geiseln vorsieht im Austausch gegen 250 zu lebenslanger Haft verurteilte palästinensische Gefangene und 1700 in Gaza Inhaftierte, außerdem den schrittweisen Abzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen sowie die Entmachtung und Entwaffnung der Hamas. Der Plan zielt auf die Entmilitarisierung und den Wiederaufbau Gazas unter internationaler Aufsicht und palästinensische Eigenstaatlichkeit.

Israel stimmte dem Plan zu, obwohl die Freilassung mehrerer hundert weiterer Terroristen gegen unschuldige Geiseln mit nichts zu rechtfertigen ist. Ebenso stimmten die UN und die EU zu, zahlreiche arabische Staaten, Deutschland, Frankreich, die Türkei ... Die Hamas verzögerte die Zustimmung, lehnte, wie zu erwarten, ihre Entwaffnung ab und wollte nachverhandeln.

Durch den 20-Punkte-Plan wurde die Delegitimierungskampagne gegen Israel, die besonders Frankreich mit der UN-Konferenz und der Anerkennung eines palästinensischen Staates orchestriert hatte, gegen die Hamas als den wahren Verantwortlichen für Terror und Krieg in Gaza und Israel gewendet. Der Plan der Hamas, mit der internationalen Verurteilung des Krieges in Gaza Israel zum Aufgeben zu zwingen, war gescheitert. Es ging nicht mehr darum, was für Zugeständnisse Israel machen soll. Der internationale Druck richtete sich auf die Hamas, dem Plan zuzustimmen.

Katars doppeltes Spiel

Katar erschien im Drama um die Geiseln in Gaza immer wieder als angeblicher Vermittler zwischen der Hamas und Israel und ist gleichzeitig der größte Geldgeber und Unterstützer der Hamas. Es gibt sich als Verbündeter des Westens, während es gleichzeitig den antiwestlichen Terrorismus unterstützt und fördert. Katar fungiert als maßgeblicher Drahtzieher der Jihad-Ideologie der Muslimbrüder im gesamten Nahen Osten und ist der wichtigste Sponsor und Exporteur des weltweiten Terrorismus neben dem Iran und der



Türkei. Fast alle westlichen Staaten spielen das falsche Spiel mit. Europa ist von katarischem Erdgas abhängig und schweigt dazu.

Irritierend ist vor allem die Zusammenarbeit der USA mit Katar und deren Ausbau von Wirtschafts-, Handels- und Verteidigungsabkommen. Katar beherbergt in Al Udeid den größten US-Luftwaffenstützpunkt im Nahen Osten wie auch die obersten internationalen Jihad-Generäle und die Führungsspitzen der Hamas. Die USA ließen es zu, dass Katar als größter Sponsor amerikanischer Universitäten Studenten radikalisiert und die antiisraelischen Proteste auf seinen Straßen und an Universitäten befeuert.

Der katarische Fernsehsender Al-Jazeera dient dabei als globaler Propagandakanal der Muslimbruderschaft und auch der Hamas zur Beeinflussung der Meinungsbildung in der arabischen Welt wie auch an westlichen Universitäten mit der Verbreitung antiamerikanischer und antiisraelischer Sendungen. Während sich der englische Kanal von Al-Jazeera als Vorreiter des globalen Liberalismus, für Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit für alle präsentiert, strahlte der arabische Kanal am 7. Oktober 2023 in Echtzeit die Massaker, Vergewaltigungen, Folterungen und Entführungen von Israelis durch die Hamas und Bewohner des Gazastreifens aus – unter einem Dankgebet der obersten Führer der Hamas in Doha.

Mit der Rückendeckung von Katar hatte die Hamas, obwohl sie in Gaza kaum noch handlungsfähig war, bis

² <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/trumps-20-punkte-plan-fuer-gaza-und-den-nahen-osten/>

Ende August 2025 alle angebotenen Deals der US-Vermittler für eine Waffenruhe und die Herausgabe der Geiseln abgelehnt. Am 9. September flog Israel schließlich einen Angriff auf Doha, angeblich um die Führungsspitzen der Hamas zu eliminieren. Getroffen wurde keiner von ihnen, obwohl die israelische Luftwaffe in Teheran und Beirut weit besser bewachte Dji-had-Führer ausgeschaltet hatte. Der israelische Angriff auf Katar als einem offiziellen Verbündeten der USA geschah offensichtlich mit amerikanischem Einvernehmen, nicht um die Hamas-Führungsspitze auszuschalten, sondern als ultimative Warnung an Katar und alle anderen offenen oder verdeckten Unterstützer der Hamas, dass Israel den Rückhalt der USA hat und jeden angreifen wird, der weiter die Hamas deckt. In der Folge kooperierten Katar, Ägypten und die Türkei bei der Verhandlung des 20-Punkte-Plans.

Den Iran isolieren

Bereits am Tag nach Israels Angriff auf Doha bat der Emir von Katar um ein Verteidigungsabkommen mit den USA. Am Tag der Zustimmung der Hamas zu dem 20-Punkte-Plan unterzeichnete Trump eine Verordnung mit Verteidigungsgarantien der USA im Falle eines Angriffs auf Katar. Und am 11. Oktober genehmigte US-Verteidigungsminister Pete Hegseth den Bau einer katarischen Luftwaffenbasis auf der Mountain Home Air Base in Idaho. Beide Verträge mit den islamistischen Terrorunterstützern sind hochumstritten. Sie sind vonseiten der USA aber offensichtlich nicht gegen Israel gerichtet, das niemanden in der Region angreift, der den jüdischen Staat nicht bedroht, sondern vor allem Abschreckung gegen den Iran, der nach wie vor eine Bedrohung für den gesamten Nahen Osten darstellt.

Und das besonders nach Wiedereinsetzung der vollen UN-Sanktionen gegen das Mullah-Regime am 28. September. Deutschland, Frankreich und Großbritannien (E3) hatten nach jahrelangen Verstößen des Iran gegen das Atomabkommen (JCPOA) am 28. August 2025 im Einklang mit Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats den Snapback-Mechanismus ausgelöst. Nach erneuter Nichtreaktion auf die Forderungen des Abkommens traten am 28. September die UN-Sanktionen gegen den Iran wieder voll in Kraft. Deutschland hat damit nach langem Zögern wegen wirtschaftlicher Interessen im Iran in die letzte Möglichkeit vor dem Auslaufen des Abkommens am 18. Oktober 2025 eingewilligt, um endlich den Druck auf das Mullah-Regime zu erhöhen und die Bedrohung Israels durch eine irani-

sche Atombombe nicht länger mitzufinanzieren. Seitdem ziehen die USA massive Streitkräfte im Persischen Golf zusammen, um sanktionierte Im- und Exporte des Iran zu blockieren. Eine Eskalation ist nicht auszuschließen.

Der andere Arm des Iran, den auch die gemäßigten Regierungen im Nahen Osten ausschalten wollen, sind die Houthis im Jemen, die das Rote Meer unsicher machen. Ägyptens Wirtschaft erleidet Milliarden-Einbußen, weil seit zwei Jahren etwa 70 % weniger Schiffe den Suezkanal passieren. Im November kündigten die Houthis erstmals an, ihre Angriffe auf Schiffe im Roten Meer und auf israelische Ziele vorübergehend einzustellen, solange Israel in Gaza nicht eingreift. Die Bedrohung aus dem Jemen ist für Israel nicht gebannt.

Wichtigstes Kriegsziel: Die Geiseln sind frei

Trump war entschlossen, den Gaza-Krieg zu beenden und brauchte dazu die Kooperation der arabischen Schlüsselnationen, die die Hamas gedeckt haben, damit diese endlich die Geiseln freilässt. Keine dieser Nationen will Frieden mit Israel. Erdogan will das zionistische Gebilde zerstört sehen und bezeichnet die Hamas als Befreiungsorganisation. Ägypten hat die Hamas vom Sinai aus bewaffnet und Katar sie finanziert. Der Krieg der letzten zwei Jahre hat die Terroristen in den Ländern um Israel herum aber maßgeblich geschwächt und weithin besiegt. Katar, die Türkei und Ägypten haben schließlich den Hamas-Spitzen klargemacht, dass sie dem 20-Punkte-Plan zustimmen müssen, wenn sie nicht komplett zerstört werden wollen von Israel.

Mit der Freilassung der 20 überlebenden Geiseln und dem Austausch gegen 2000 palästinensische Gefangene wurde die erste Phase des 20-Punkte-Plans in die Tat umgesetzt und damit das wichtigste Ziel Israels erreicht: die Geiseln nach Hause zu holen. Ungeachtet der Show-Veranstaltung bei der Unterzeichnung der Friedenserklärung in Sharm Al-Sheikh sind die weiteren Phasen noch in den Anfängen. Der Hamas wurde mit den Geiseln ihr Druckmittel gegen Israel genommen. Es ist aber nicht das Ende des Krieges, solange die Hamas nicht kapituliert, die Waffen und die Regierungsgewalt in Gaza abgegeben hat, wie es der Plan vorsieht. Und Israel wird sich nicht aus dem Gazastreifen zurückziehen, solange die Terrororganisation dort nicht entmachtet ist: weder aus dem Grenzgebiet zu Ägypten, um sicherzustellen, dass von dort keine weiteren Waffen eingeschmuggelt werden, noch aus dem Grenzstreifen zu Israel, um ihn gegen jeden weiteren



Einfall von Terroristen abzusichern. Die Hamas hat angekündigt, dass sie Israel weiter bekämpfen wird.

Der Preis für den Geisel-Deal

Jahrelang war Israels größte Befürchtung, dass der Konflikt mit den Palästinensern internationalisiert werden könnte. Mit dem 20-Punkte-Plan ist genau das geschehen. Ohne öffentliches Aufsehen wurde im Oktober vor aller Augen in Kiryat Gat mitten in Israel eine internationale Militärbasis unter dem Kommando der USA errichtet, die offenbar der Preis für die Freilassung der Geiseln war. Von da aus sollen internationale Truppen den Waffenstillstand im Gazastreifen überwachen. Israel konnte sich bisher gegen Soldaten aus Katar und der Türkei im Land wehren, aber israelkritische Staaten wie Frankreich und Spanien sind Teil der Truppen, ebenso drei deutsche Soldaten. Israel ist damit nicht mehr frei im eigenen Land und nur bedingt handlungsfähig, das Feuer in Gaza wieder aufzunehmen bei Verstößen gegen den 20-Punkte-Plan durch die Hamas, die immer noch die Überreste von drei israelischen Geiseln in ihrer Gewalt hat.

Verträge wie die der USA mit Katar können sich aber auch diametral gegen Israel und die USA selbst wenden. Die Absicherung eines Friedens in Gaza mit Armeen arabischer Staaten kann zu einer akuten Bedrohung Israels umschlagen mit weit effizienteren Waffen, als sie die Hamas hat. Eine Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 17. 11. 2025 zur Absicherung des Friedensplans durch eine internationale Friedenstruppe in Gaza sieht die Entwaffnung der Hamas und den vollständigen Abzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen vor. Die Hamas lehnt die Resolution ab und Israel kann sich unter diesen Umständen nicht auf eine internationale Armee verlassen.

Trump strebt mit dem 20-Punkte-Plan weitere Abraham-Abkommen an, die Israel Frieden bringen sollen. Er sichert sie mit verstärkter Militärpräsenz ab, mit Partnern, denen niemand wirklich trauen kann, und die damit in eine US-dominierte Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten eingebunden werden sollen. Seinen Versuch, den islamistischen Übergangspräsidenten Syriens Al-Sharaa für eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu Israel zugewinnen, wies dieser Mitte November trotz Empfangs im Weißen Haus zurück. Trump handelt vor allem im eigenen Interesse und dem der USA, sichert deren Einfluss im Nahen Osten und weiß Israel dabei als den verlässlichsten Partner.

Kein Verlass auf falsche Helfer

Das Volk Israel, um das letztlich alles im Nahen Osten geht, wurde in der Bibel immer wieder gewarnt, dass es sich nicht auf falsche Helfer, sondern auf seinen Gott verlassen soll (Jesaja 31). Daran erinnern sich seit dem 7. Oktober 2023 viele Juden immer wieder, wie fragil menschliche Zusagen sind. Aktuell hat US-Präsident Trump nach allen Deals mit den arabischen Feinden am Tag der Befreiung der Geiseln bei seinem Kurzbesuch in Israel keinen Zweifel gelassen, auf wessen Seite er steht. Er sprengte das Protokoll mit ausgedehnten Gesprächen mit den Familien der Geiseln, dankte zu Beginn seiner einstündigen Rede in der Knesset dem allmächtigen Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs und ließ dafür die in Sharm Al-Sheikh versammelte Weltelite drei Stunden lang warten. Drei katarische Diplomaten verunglückten auf dem Weg nach Sharm Al-Sheikh tödlich. Zufall oder erneute Warnung an die Terrorunterstützer?

Bei aller Dankbarkeit gegenüber Trump sind die meisten Israelis gewarnt, ihn nicht zum Retter zu erheben, auch wenn er mit Israel das oberste Kriegsziel erreicht hat, die Geiseln zu befreien. Trump ist noch dreieinhalb Jahre im Amt. Die bisherigen Abraham-Verträge wurden in seiner ersten Amtszeit ausgehandelt. Mancher warnte schon damals, auf einen falschen Frieden mit Mächten zu vertrauen, deren ideologischer Ursprung einschließt, die Juden auszulöschen. Unter Präsident Biden schlug kurz vor einem weiteren Friedensabkommen mit Saudi-Arabien am 7. Oktober 2023 die Hamas zu, auch um diese Normalisierung der Beziehungen zu Israel zu verhindern.

Seitdem nimmt der Hass auf die Juden und Israel weltweit zu und teilt in Amerika auch immer mehr die Konservativen. Die Feinde Israels wenden weltweit enorme



Summen für Desinformation gegen Israel auf und beeinflussen damit vor allem junge Menschen. Die Wahl des Antizionisten Zohran Mamdani zum Bürgermeister von New York ist symptomatisch für die Entwicklung. Auch unter republikanischem Mandat ist in Zukunft ein israelfreundlicher US-Präsident nicht garantiert.

Israel wehrhaft unterstützen

Angesichts der allgegenwärtigen Feindschaft im Nahen Osten kann Israel seine Existenz und die notgedrungene Akzeptanz des jüdischen Staates durch die ihm feindlich gesinnten islamischen Nachbarstaaten nur durch Stärke sicherstellen. Seit dem zunehmenden Terror der letzten zwei Jahre und der internationalen Isolierung Israels ist auch die erste Abstimmung der Knesset am 23.10.2025 über die Ausweitung der israelischen Souveränität auf Judäa und Samaria folgerichtig. Israelisches Recht, Gerichtsbarkeit und Verwaltung sollen künftig in allen Siedlungsgebieten in Judäa und Samaria gelten. Israel handelt damit im Interesse seiner Unabhängigkeit und gegen die internationalen Bestrebungen einer palästinensischen Staatlichkeit im Westjordanland, die seine Sicherheit massiv gefährden würde. Auch wenn der 20-Punkte-Plan nicht mehr explizit von einer Zwei-Staaten-Lösung spricht, steht das Leben von etwa 700 000 israelischen Siedlern auf dem Spiel wie auch biblisches Kernland, das unverhandelbar zu Israel gehört, genauso wie Ost-Jerusa-

lem zur Hauptstadt Israels. Die Hamas nannte den Terrorangriff am 7. Oktober 2023 „Al-Aqsa-Sintflut“ und ließ damit keinen Zweifel an ihrem langfristigen Ziel, Jerusalem und den Tempelberg zu besetzen.

Angesichts des zunehmenden internationalen Drucks auf Israel braucht es mehr als je zuvor unsere Unterstützung, auch und gerade die Deutschlands. Das von Bundeskanzler Merz im August verkündete Waffenembargo gegen Israel war nicht nur ein Verrat an der deutschen Staatsräson, sondern vor allem an

Israel in seiner Bedrängnis. Israels Sicherheit ist nicht von den marginalen Waffenlieferungen aus Deutschland abhängig. Aber die Israelis schauen sehr genau hin, wie sich in seiner zunehmenden Isolation das Land verhält, das bereits einmal das jüdische Volk auslöschen wollte. Bei aller Dankbarkeit Israels für die vielen Beziehungen, die zwischen Deutschland und Israel gewachsen sind, und für die vielen Deutschen, die seit dem 7. Oktober Israel besucht und ihm beigestanden haben, bleibt ihre und unsere Mahnung an die deutsche Politik, Israel in seinem Kampf gegen Terror und Bevormundung bedingungslos zu unterstützen und sich als wahrer Freund zu erweisen. Wir begrüßen, dass das Waffenembargo gegen Israel am 17. 11. 2025 wieder aufgehoben wurde.

Die Kirchen dürfen die geistliche Dimension nicht ausblenden

Wir fordern auch die Kirchen auf, eine klare Stimme für Israel zu sein. Ende Juni hat der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) in Südafrika eine Erklärung mit dem Titel „Aufruf zur Beendigung von Apartheid, Besatzung und Straflosigkeit in Palästina und Israel“³ veröffentlicht. Der Weltkirchenrat machte darin Israel allein für die „Eskalation der Krise“ verantwortlich. Er forderte

³ <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/statement-on-palestine-and-israel-a-call-to-end-apartheid-occupation-and-impunity-in-palestine-and-israel>

Sanktionen, Desinvestitionen und Waffenembargos und bedient damit die Muster des antiisraelischen Antisemitismus. Das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 und das Leiden des jüdischen Volkes erwähnt er nicht. Als Bündnis C – Christen für Deutschland haben wir uns der Stellungnahme von „Christen an der Seite Israels“ (CSI) dazu angeschlossen: „Nicht in meinem Namen!“⁴.

Am 25. September veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz eine Erklärung zum Gaza Krieg mit dem Titel „Die Gewalt muss sofort enden! Friede für Israel und Palästina!“⁵, die die deutsche Verantwortung für die Sicherheit Israels relativiert und von einem friedlichen Ausgleich spricht, wo Israel einseitig bedroht wird. Sie repetierte die Zahlen, Bilder und Lügen der Hamas-Propaganda und dass die palästinensische Zivilbevölkerung nicht für die Verbrechen der Hamas-Führung verantwortlich gemacht werden darf, obwohl diese in großer Mehrheit die Hamas stützt. Die Erklärung unterschied sich in nichts von den gängigen politischen Statements und Äquidistanz zu beiden Seiten, die die Feindschaft der arabischen Nachbarn gegen Israel kleinredet. Und sie verurteilt die religiösen Hintergründe der biblischen Verheißungen für Israel wie der islamistischen Agenda der Hamas gleichermaßen als Ursachen des Übels. Das ist geistliche Blindheit, womit sich die Kirchen irrelevant machen.

Wo ist die rettende Botschaft für Juden, Christen und Muslime in diesen Stellungnahmen? Statt banaler politischer Statements ist es das Alleinstellungsmerkmal der Kirche, die geistliche Dimension dieses Konflikts anhand der biblischen Verheißungen für Israel und der Warnungen an die Nationen dazu ernst zu nehmen. Statt Israel zur Kapitulation aufzufordern, fordern wir als Christen die Hamas und ihre Anhänger auf zu kapitulieren: mit der Annahme des Friedensplans, aber noch mehr mit der Annahme des Friedefürsten, der sie von ihrer Agenda des Todes befreien will.

Eine Phase des Friedens

Das winzige Israel ist in den zwei Jahren dieses Krieges in allem Leid zu einer Großmacht im Nahen Osten avanciert. Es hat gelernt, dass es sich nicht länger auf die Unterstützung anderer verlassen kann, sondern in seiner zunehmenden internationalen Isolation in der

Lage sein muss, sich selbst zu verteidigen und zu wehren, von wo auch immer es angegriffen wird. Es hat sich bei den arabischen Nationen Respekt verschafft, keine von ihnen hat die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen. Es hat seine Feinde in den Nachbarstaaten weithin geschwächt, sieht sich nun aber mit einer internationalen Koalition und einem Diktatfrieden konfrontiert, der nicht zuerst die Sicherheit Israels sucht.

Europa und die EU spielen geopolitisch praktisch keine Rolle mehr im Nahen Osten. Sie haben die Chance, jetzt eine Zeit des Friedens zu unterstützen, indem sie vor allem nicht weiter die Feinde Israels füttern. Stereotype Verurteilungen Israels befeuern vor allem den islamistischen Terror in europäischen Städten. Es ist jetzt die Zeit, mit dem weiteren 20-Punkte-Plan die Hamas, Hisbollah, die Djihaisten in Syrien, dem Iran, im Jemen und im Westjordanland möglichst vollständig zu entmachten. Wo deren Einfluss in der arabischen Welt schwindet, wird der Islamismus auch in Europa an Kraft verlieren.

Das kann nicht allein militärisch gelingen, sondern nur zusammen mit der ideologischen Wurzel. Eine Zeit des Friedens kann dazu dienen, dass die wachsende Sehnsucht vieler junger Menschen in Israels Nachbarländern nach einem gedeihlichen, freien Leben statt Krieg und Terror aufsteht, den Gott Israels anruft und das Leben wählt statt dem Tod. Die Berichte der Geiseln, wie Gott ihnen in den Tunneln des Hamas begegnet ist, bewegen die Menschen weit über Israel hinaus und bezeugen den Retter für Juden und Muslime.

Ein großer Krieg gegen Israel ist in Hesekiel 38 vorausgesagt. Der Feind aus dem Norden formiert sich in Zukunft möglicherweise aus dem Iran, der Türkei und Russland. Damit verbindet sich der Krieg im Nahen Osten mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine. Deutschland und die europäischen Staaten tun gut daran, in derselben Stringenz, wie sie gegen Russland vorgehen, mit Israel zusammen gegen seine Feinde zu stehen, statt eilfertig den Gazastreifen wieder aufbauen zu wollen, noch bevor die Hamas die Waffen niedergelegt hat. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, jede weitere Hilfe an die vollständige Kapitulation der Hamas zu binden, und den islamistischen Kräften in Deutschland keinerlei Raum mehr zu geben.

*Karin Heepen
Generalsekretärin*

⁴ https://csi-aktuell.de/nachrichten/nicht-in-meinem-namen-stellungnahme-zur-palaestina-israel-erklaerung-des-weltkirchenrats/?fbclid=IwY2xjawNQEB5leH-RuA2FibQIxMQABHIAknAZmk3uYwIBDvg3irhzp4KuWi-rU7M6dWKsvzHIX-ZooHV95Ivtgu_m3o_aem_g8--CPIHF9-GBKo3bgDgcw

⁵ https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2025/2025-158-Anlage1-HVV-Fulda-Pressebericht-Erklärung-zum-Gazakrieg.pdf

Demokratie ohne Wahrheit?

In Ludwigshafen wird ein Bürgermeisterkandidat und Landtagsabgeordneter der größten Oppositionspartei von der Kommunalwahl ausgeschlossen. Während die anderen Parteien ein „Fairness-Abkommen“ für diese Wahlen abschließen, das vorsieht, Migration nicht mit innerer Sicherheit in Verbindung zu bringen, wird in Friedland eine 16-Jährige von einem abgelehnten Asylbewerber vor einen durchfahrenden Zug gestoßen und getötet. Bündnis C – Christen für Deutschland mahnt, dass gesellschaftlicher Frieden und Gerechtigkeit nicht ohne Wahrheit zu haben sind, und Demokratie nicht ohne Fairness gegenüber dem politischen Gegner.

Nach dem Kölner „Fairness-Abkommen“ sollen Migranten nicht für negative gesellschaftliche Entwicklungen oder die Gefährdung der Inneren Sicherheit verantwortlich gemacht werden. Für diese Probleme ist in der Tat zuerst die deutsche Politik verantwortlich, die die Aufnahmekapazitäten der Gesellschaft für Zuwanderer überschritten hat, ungenügende Regeln für deren Integration setzt und die daraus entstandenen Probleme nicht mehr lösen kann. In zweiter Instanz sind Zuwanderer dennoch verantwortlich, sich in ihrem Gastland nach Recht und Gesetz einzubringen, statt ihren Gaststatus auszunutzen oder zu missbrauchen. Politik, die dem gegenüber keine Grenzen setzt, Zuwanderer nicht in die Verantwortung für ihren Lebensunterhalt nimmt und Straftaten nicht konsequent verfolgt, verfehlt ihren Anspruch, Recht und Ordnung durchzusetzen und die Bürger vor Gewalt und Anarchie zu schützen.

Das „Fairness-Abkommen“ wurde mit den Kölner Kirchen abgeschlossen und wird vom evangelischen Superintendenten der Stadt und dem Vorsitzenden des Katholikenausschusses kontrolliert. Als christliche Partei mahnen wir die Kirchen, sich ihrem Auftrag zu widmen, das Evangelium zu verkündigen in Wort und Tat, statt sich nach parteilichen Vorgaben als Schiedsrichter der Politik zu betätigen. Respekt, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe sind – wie die Ombudsleute reklamieren – nach allen Seiten einzufordern, auch für die politische Opposition.



Der von der Bürgermeisterwahl ausgeschlossene AfD-Kandidat ist auch in zweiter Instanz mit seiner Beschwerde vor Gericht gegen die Entscheidung des Wahlausschusses gescheitert. Diese gerichtlichen Entscheidungen sind zu respektieren. Dennoch stehen sowohl die Kirchen als auch die Gerichte in der Gefahr, vermeintliche Mehrheitsmeinungen eines ideologischen Mainstreams als Kriterien für Wahrheit und Rechtssetzung anzunehmen. Damit werden extremistische und radikale Strömungen aller Couleur herausgefordert und verstärkt. Die Kirche muss stattdessen von ihrem biblischen Fundament her die christliche Ethik in Erinnerung rufen, die den Maßstab für Recht und Unrecht in unserer freiheitlichen Ordnung gebildet hat.

Bündnis C – Christen für Deutschland fordert als Partei die politischen Entscheidungsträger auf, alle gesellschaftlichen Gruppierungen in den demokratischen Prozess einzubinden, um Lösungen für Fehlentwicklungen zu finden, die sich an Recht und Wahrheit orientieren. Mögen bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am kommenden Sonntag Kandidaten die Zustimmung der Wähler erhalten, die statt Mauern Brücken bauen und sich dem Gemeinwohl ihres Ortes verpflichten.

Pressemitteilung 11.09.2025

Infomaterial zum Weitergeben



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüren zu Finanzpolitik, Israel, Gesundheitspolitik, Familie und Lebensschutz, Außenpolitik und Migration

Autoaufkleber, 20 x 12 cm



Zwei Staaten für zwei Völker? Warum die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina gescheitert ist und realistische Wege zum Frieden (A5-Broschüre)



Wirtschaft, Außenpolitik und Migration: Wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können (A5-Broschüre)



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalt-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“

Telefonisch oder per Email bestellen bei:

Bündnis C – Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
E-Mail: info@buendnis-c.de

Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“



Liebe Mitglieder, liebe Interessenten,

ich danke Ihnen und Euch allen für das Vertrauen in mich als Vorsitzende von Bündnis C über die letzten zehn Jahre. Fünf Mal wiedergewählt zu werden, ist nicht selbstverständlich. Ich danke allen, die unseren Weg bis hierher mitgegangen sind durch gute und schwierige Zeiten. Ich erinnere mich an viele tiefe Gespräche, gemeinsames Fragen, Glauben, Ermutigen, Weitergehen. Danke für alles Zusammenstehen!

Ich bin diesen Weg in einer klaren Berufung gelaufen, die mich durch die Jahre geleitet und getragen hat. Ich habe gegeben, was ich hatte. Ich habe die Arbeit so gemacht, wie es mein Anspruch war und ist. Ich habe das Amt so redlich ausgefüllt, wie ich es vermochte, um niemanden zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Ich habe mich bemüht, Spannungen und Kontroversen auf eine andere Ebene zu bringen, in dieselbe Richtung zu leiten, Streit zu entwaffnen, Fehler zuzudecken, bestmöglich dem Frieden und der Einheit in der Partei zu dienen. Ich bitte um Vergebung, wo mir das nicht gelungen ist, wo ich jemanden verletzt oder ungerecht behandelt habe, wo ich jemandem nicht gerecht geworden bin. Das tut mir aufrichtig leid.

Ich habe die Partei im Hören auf Gott geführt, immer in dem Bewusstsein, dass wir uns verhören können und Korrektur brauchen. Ich bin dankbar, dass diese Korrektur im Bundesvorstand da war und wir gemeinsam entschieden haben, wo es lang geht.

Führen heißt, Entscheidungen bestmöglich vorzubereiten. Ohne diese Vorarbeit kommt man schwerlich zu durchdachten und klaren Entscheidungen, gerade wenn alle ehrenamtlich arbeiten und die Kapazitäten begrenzt sind, sich in Themen umfassend einzuarbeiten. Ich habe im Bundesvorstand zu viel selbst gemacht, vor allem wegen dieser begrenzten Kapazitäten. Ich möchte dennoch besonders den Vorständen und dem neuen Bundesvorstand eine Frage mit auf den weiteren Weg geben:

Welche Priorität hat Bündnis C in Eurem Leben? Für ehrenamtliche Mitarbeiter ist klar, dass Familie und Beruf zuerst kommen. Wenn danach aber noch die Gemeinde und mehrere andere Ehrenämter kommen und dann erst Bündnis C, kann schwerlich eine solide Arbeit entstehen. Wir sagen den Kirchen und Gemeinden: Setzt Leute frei für den Dienst an der Gesellschaft! Wie glaubwürdig ist das, wenn wir selbst diesem Dienst, für den wir in Bündnis C sind, keine Priorität einräumen?

Wir ärgern uns, dass Christen, Kirchen und Gemeinden uns so wenig Anerkennung zollen als Partei. Gleichzeitig nehme ich in Bündnis C selbst manchmal eine Geringschätzung für die eigene Partei wahr, bis hin zu einem schamhaften Verschweigen dazuzugehören. Wie viele Menschen in Deiner Gemeinde und Deinem Umfeld wissen, dass Du in Bündnis C bist? Wie sollen andere uns schätzen, wählen, Mitglied werden und mitarbeiten, wenn wir selbst Bündnis C nicht viel zutrauen und nicht den Eifer widmen, der für gute Arbeit nötig ist?

Es mag auch eine Folge scheinbar vergeblichen Mühens und teilweiser Resignation sein. Aber ohne Hoffnung und Hingabe ist irgendwie Weitermachen erst recht der Mühe nicht wert.

Ich habe versucht, Bündnis C Anerkennung zu verschaffen auf verschiedenen Ebenen, in Netzwerken, wo ich mich engagiere, mit der Öffentlichkeitsarbeit. Das ist begrenzt gelungen, manchmal leider mehr für mich als Person als für die Partei. Das schmerzt. Aber ich sehe daran: Durchschlagkraft können wir als Partei nur von der Mitgliederbasis her bekommen. Ich werde mich dafür nun als Generalsekretärin weiter einsetzen.

Wie auch immer das für Bündnis C aussehen wird, möchte ich Euch sagen:

Macht Bündnis C ganz und mit Vision.

Im Rahmen Eurer Möglichkeiten, aber mit Hingabe.

Im Hören auf Gott, wo es lang geht.

Ich danke nochmals allen für die Zusammenarbeit, für das Vertrauen und den gemeinsamen Weg. Es war mir eine Ehre und eine Freude.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine frohe Weihnachtszeit und uns allen ein gesegnetes neues Jahr!



Karin Heepen

Generalsekretärin

bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 38 – 2025/4

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen

Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abb. auf Seite 1: PxHere; 33: Gerd Altmann/Pixabay; 35: Jim.henderson/Gemeinfrei; 36: Gage Skidmore/<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/> (unverändert); 44: pics_kartub/Pixabay

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.

bündnis C

Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX